



AUSGABE 11 · 36. JAHRGANG · 14. WAHLPERIODE · 26.10.2005

Klimasorge

Angesichts der Klimaveränderungen gerät der durch den Verkehr verursachte Schadstoffausstoß ins Visier. Die Grünen haben im Plenum eine Selbstverpflichtung der deutschen Automobilhersteller ins Gespräch gebracht.

S. 5

Europapolitik

Der britische Premier Tony Blair hat es schon angekündigt: Großbritannien will an die europäischen Agrarsubventionen heran. Im Hauptausschuss wurden Schwerpunkte der englischen EU-Ratspräsidentschaft erörtert.

S. 11

Skandal

Fies, aber wohl nicht gesundheitsgefährlich: Fleischabfälle in menschlicher Nahrung. Auch Betriebe im Land wurden Opfer der gesetzwidrigen Manipulation. Der Verbraucherschutzausschuss informierte sich.

S. 13

Jubiläum

Vor 35 Jahren erschien „Landtag intern“, die Zeitschrift des Landtags Nordrhein-Westfalen, zum ersten Mal. Ziel damals wie heute, die Menschen im Land über das politische Geschehen zu informieren. Eine Würdigung.

S. 17



Spitzenversorgung zu Spitzenpreisen – das deutsche Gesundheitswesen ist gut, aber nicht billig. Gut soll es bleiben, aber weniger kosten. Ein Weg dahin liegt in mehr Rationalisierung und weniger Bürokratie. Überweisungen, ärztliche Berichte, Laborbefunde und die gesammelten Gesundheitsdaten alle in einer Akte, abrufbar und papierlos, mit Einverständnis der Patienten per Mausklick hin und herzuschicken – das ist schnell und kann die Qualität steigern. Das Gesundheitsland Nordrhein-Westfalen mit seinem großen Angebot an Grund- und Spitzenversorgung, als Standort der Forschung und bedeutender Hersteller medizinischer Geräte, Arzneimittel und Dienstleistungen startet den Modellversuch Patientenkarte (Seiten 7 bis 10).

Foto: Schälte

Mieterschutz

Früher hatten Unternehmen große Bestände an Wohnungen, die sie kostengünstig ihren Beschäftigten vermieteten. Auch der Staat baute preisgünstigen Wohnraum und gründete dafür Gesellschaften wie die LEG. Ein Geschäft auf Gegenseitigkeit: Die Arbeiter, Angestellten und Beamten hatten eine sichere Bleibe und dankten es mit Treue zum Betrieb. Aber die Zeiten ändern sich; viele Besitzer sehen ihre Wohnungsbestände als Klotz am Bein und versuchen sie los zu schlagen. Angebot und Nachfrage nach Wohnungen soll der Markt richten. Für die Mieter brechen mit dem Eigentümerwechsel manchmal unruhige Zeiten an: Können sie bleiben oder müssen sie ausziehen? Da gibt es Gesetze und Fristen. Wie es weitergehen soll, darüber wurde im Ausschuss für Bauen und Verkehr beraten (Seite 14).



**Gesundheitsland NRW –
neue Wege zu mehr Gesundheit**

Inhalt

Inhalt/Editorial	2
Erste Bilanz der Koalition	3
<i>Unterschiedliche Bewertungen für die neue Regierung</i>	
Keine Festlegung vor Etatberatung	4
<i>Debatte über den Finanzrahmen des Gesetzes entzweit Plenum</i>	
Auf dem Weg zum Fünf-Liter-Auto	5
<i>Grüne appellieren an die Innovationskraft der deutschen Hersteller</i>	
Nachwuchsförderung oder Mogelpackung?	6
<i>Debatte über die Einrichtung fünf neuer Sportschulen in NRW</i>	
Chip mit Röntgenbild	7
<i>Elektronische Gesundheitskarte ersetzt künftig Versichertenalausweis</i>	
„Kein Grund zur Panik!“	8 – 9
<i>Interviews mit den gesundheitspolitischen Sprecherinnen und Sprechern</i>	
Tests und Therapien	10
<i>Aufklärung und Vorbeugung am Gesundheitstag</i>	
Nordrhein-Westfalen und die EU	11
<i>Botschaftsvertreter erläutert britische Ratspräsidentschaft</i>	
Streit um angebliche Schulschließungen	12
<i>SPD-Fraktion beantragt Sondersitzung in der Herbstpause</i>	
Vogelgrippe, Schweinepest und Fleischskandal	13
<i>Ausschuss informierte sich über aktuelle Lage</i>	
Wie viel Schutz für Mieter in NRW?	14
<i>Ausschuss debattiert Abschaffung der Kündigungssperrverordnung</i>	
Eckstein der Frauenförderung	15
<i>Koalition und Opposition zur Arbeit der Regionalstellen im Land</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	16
„Glückauf!“	17
<i>Auch für die kommenden 35 Jahre der Parlamentszeitschrift „Landtag intern“</i>	
Aus den Fraktionen	18
Porträt der Woche: Helmut Stahl (CDU)	19
FCL: Unentschieden auf hohem Niveau	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20

Gesundheit schafft Arbeit

Die Menschen haben Angst. Angst vor einer schweren Erkrankung und davor, im Alter zum Pflegefall zu werden. Das sind die Ergebnisse einer jüngsten Studie, die im September veröffentlicht wurde. Das Thema Gesundheit beschäftigt fast jeden. Schlagzeilen machen zurzeit Beitragserhöhungen von Krankenkassen, Gesundheitsreformen und explodierende Medikamentenkosten.

In Nordrhein-Westfalen wird auf Prävention gesetzt. Jeder Einzelne ist gefordert, die Gesundheit in die eigenen Hände zu nehmen. Als erstes Bundesland bringt NRW ein flächendeckendes Vorsorgeprogramm für 50- bis 69-jährige Frauen gegen Brustkrebs auf den Weg. Das neue Krebsregister wird wichtige Daten liefern, die zur Verbesserung der Früherkennung, Versorgung und Forschung nötig sind.

Und seit einigen Wochen läuft der bundesweit erste Feldversuch mit der Gesundheitskarte. Das Pilotprojekt soll zeigen, wie sich die elektronische Gesundheitskarte bei Patienten und Ärzten bewährt. 2007 sollen dann alle Versicherten in Deutschland über die Gesundheitskarte verfügen: zunächst mit elektronischem Rezept, später mit Notfallinformationen und Angaben über Medikamentenunverträglichkeiten und chronischen Erkrankungen.

PRÄVENTION

Nach wie vor garantiert das Gesundheitssystem allen Bürgerinnen und Bürgern eine hochwertige Gesundheitsversorgung. Bislang konzentriert sich diese Versorgung überwiegend auf die Bereiche Behandlung, Rehabilitation und Pflege. Dieses System soll durch den Ausbau der Prävention erweitert werden. Besonders bei den Kindern und Jugendlichen soll in NRW verstärkt auf Prävention gesetzt werden. Beispielsweise zur Förderung des Nichtrauchens.

Die Gesundheitswirtschaft mit mehr als einer Millionen Beschäftigten ist Jobmotor Nummer 1 in Nordrhein-Westfalen. Die Fitnessbranche boomt. An jeder Ecke im Land werden neue Studios eröffnet. Experten rechnen damit, dass allein im Fitnessbereich in den kommenden zehn Jahren mehr als 30.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Eine Entwicklung, die gut für Nordrhein-Westfalens Wirtschaft ist.

Doch auch kleine Schritte helfen. Jeder Einzelne kann selbst etwas dazu beitragen, um sich gesund und ausgewogen zu ernähren und Sportangebote nutzen. Eigenverantwortung ist gefragt. Das trägt auch dazu bei, dass die Ängste vor schweren Erkrankungen vielleicht ein Stück zurückgehen. **SH**

Erste Bilanz der Koalition

Unterschiedliche Bewertungen für die neue Regierung

Nach 100 Tagen im Amt haben die beiden Koalitionspartner CDU und FDP im Rahmen einer Aktuellen Stunde die erste Zwischenbilanz der neuen Landesregierung vorgelegt. Während die Koalition trotz einiger „Holpersteine“ den Reformexpress Fahrt aufnehmen sah, kritisierte die Opposition den „Fehlstart“ des Duos Rüttgers/Pinkwart und sah allenthalben „Enttäuschung“ und wenig von den Ankündigungen umgesetzt.



Dr. Gerhard Papke, FDP-Fraktionsvorsitzender, erklärte, die Zwischenbilanz könne sich wahrhaft sehen lassen: „Das, was die Koalition aus FDP und CDU in nur 100 Tagen geschafft hat, zeugt von einer Veränderungsdynamik, die unser Land seit Jahren, ja seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat. Wir haben rot-grünen Dauerstreit durch eine gemeinsame, partnerschaftlich organisierte Modernisierungspolitik der neuen Koalition abgelöst.“ Es sei aber auch klar, dass man die Hinterlassenschaft von 39 Jahren SPD-Herrschaft und zehn Jahren rot-grüner Misswirtschaft nicht innerhalb weniger Monate beseitigen könne. Während Schwarz-Gelb den Menschen Mut mache, schüre die Opposition Ängste, treibe Agitation und versäume es, eigene Konzepte zur Erneuerung Nordrhein-Westfalens vorzulegen.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, erinnerte an die drei zentralen Botschaften, mit denen Ministerpräsident Rüttgers die Wahl gewonnen habe: Haushaltskonsolidierung, Unterrichtsgarantie und jede Menge Arbeitsplätze. Und wie sehe es nach 100 Tagen aus? Der neue Finanzminister starte mit 112 Milliarden Euro Schulden; es gebe 1.000 Lehrer mehr, aber weil mehr Kinder in den Schulen sind. Und die Zahl der Arbeitslosen sei nicht geschrumpft. Löhrmann resümierte: „Völliges Versagen bei Ihren zentralen Wahlversprechen.“ Man habe es nicht geschafft, in den 100 Tagen Vertrauen bei den Menschen aufzubauen. Die CDU sei marktliberalen Ideologen auf den Leim gegangen und habe die Werte der katholischen Soziallehre über Bord geworfen. Das sehe man jetzt „bei den Studiengebühren, beim Mieterschutz, in den Krankenhäusern, beim sozialen Wohnungsbau, bei der Chancengleichheit“.

Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender, hielt der abgewählten Koalition vor, sie habe sich mit ihrer Schuldenpolitik gegen die Zukunft der Kinder im Lande versündigt – das sei die wahre soziale Kälte. Man werde Rot-Grün nicht aus der Verantwortung für Bürokratiebeschleunigung entlassen und auch nicht dafür, dass man versucht habe, „alle Probleme mit einem Gang zur Bank, mit neuen Schulden, mit Nettokreditaufnahme zu lösen“. Schwarz-Gelb dagegen bleibe nur eins übrig: „Wieder auf die Menschen, auf das Vertrauen der Menschen zu setzen, den Unternehmerinnen und Unternehmern, den Forscherinnen und Forschern etwas zuzutrauen, ihnen die



Handlungsmöglichkeiten, die Freiheit zu geben, ihre und unsere Zukunft gemeinsam zu gestalten.“ Mit der Koalition der Erneuerung komme NRW wieder, betonte Stahl und schloss: „Die ersten drei Monate, die ersten 100 Tagen waren eine gute Zeit für unser Land, für uns und eine gute Plattform für unsere Zukunft.“

Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, sagte, diese Aktuelle Stunde sei „peinlich“, weil offensichtlich die Bilanz nichts herbeige, was zu verkünden wäre. Dass aus der Koalition der Erneuerung eine Koalition der Enttäuschung

geworden sei, stelle nicht nur die Opposition fest, sondern sei auch der Eindruck aus den Zeitungen. Die Medien hätten Recht, wenn sie sagten, die schwarz-gelbe Bilanz sei mager. Wer angesichts dieses Echos von einem „glänzenden Start“ spreche, der habe den Kontakt zur Realität verloren, stellte Kraft fest und rechnete vor, vom angekündigten 200-Tage-Programm der CDU seien gerade mal drei von 21 Punkten erfüllt: „Für die Realisierung der fehlenden 18 Punkte haben Sie jetzt noch 100 Tage Zeit. Ich bin gespannt.“

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) fand, es habe nichts mit seriöser Politik zu tun, bei der Debatte über die ersten 100 Tage mit dem 200-Tage-Programm zu kommen. Und ob die „kalte Arroganz“, mit der die SPD die verloren

gegangene Landtagswahl als „Betriebsunfall“ abtue und sich weiterhin für die Größten halte, attraktiv sei, müsse sich noch zeigen. Der Ministerpräsident wandte sich den Maßnahmen der neuen Landesregierung in der Schulpolitik, in der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt, in der Wirtschafts- und Energiepolitik sowie bei Bürokratieabbau, Umweltschutz und Schuldenabbau zu und stellte fest: „Unserem Land geht es besser, weil die Streitkultur von Rot-Grün überwunden worden ist und der durch Rot-Grün erzeugte Reformstau beendet worden ist.“

Keine Festlegung vor Etatberatung

Debatte über den Finanzrahmen des Gesetzes entzweit Plenum

Nach Jahren der Kürzung hatten SPD und Grüne für 2006 eine Aufstockung der Landesmittel für die Jugendarbeit auf 96 Millionen Euro versprochen. Wird Schwarz-Gelb diese Ankündigung erfüllen? Schließlich hatten CDU und FDP die Kürzungen in der Vergangenheit immer wieder scharf kritisiert. Mit ihrem Antrag (Drs. 14/288) brachte die SPD das Thema bereits lange vor den Haushaltsberatungen zum kommenden Jahr ins Plenum des Landtags. Nach ausführlicher Debatte wurde der Antrag mit den Stimmen der Koalition und gegen das Votum von SPD und Grünen abgelehnt.

Britta Altenkamp (SPD) räumte ein, es habe durch die Kürzungen im Doppelhaushalt 2004/2005 eine schwere Durststrecke für Verbände, Träger und Kommunen gegeben. Aber: „Unser Versprechen war, ab 2006 werden die Mittel wieder auf den Stand von 2003, also auf 96 Millionen Euro, angehoben.“ Dieses Versprechen wolle die SPD halten – im Interesse der Planungssicherheit für Kinder- und Jugendpolitik. „Sind sie dazu auch bereit?“, fragte sie CDU und FDP. Es reiche nicht aus auf die Etatberatungen zu verweisen. „Was soll die Jugendpolitik in Essen (Heimatort der Abgeordneten) bis dahin machen? Wie gestalten sich Verträge, wie beteiligt sich das Land?“ Im Land stoße seltsam auf, „dass die Empfehlungen zur Umsetzung des Jugendförderungsgesetzes von ihnen, Herr Minister, angehalten wurden“.


Marie-Theres Kastner (CDU) rieb sich angesichts des Antrages, wie sie sagte, „vor Verwunderung die Augen“. Kastner: „Sie waren es doch, die sich gegen gute Vereinbarungen ge-

wehrt – und die Mittel systematisch zurückgekürzt haben.“ Entweder, so ihre Folgerung, habe die SPD kein Recht, einen solchen Antrag zu stellen, oder „Gott sei Dank, Sie bekennen sich endlich zum Wert der Jugendarbeit“. CDU und FDP jedenfalls würden gemeinsam den Landesjugendplan weiterentwickeln. „Stichworte wie weniger Bürokratie, Zielvereinbarungen, Verlässlichkeit, Passgenauigkeit, Förderung von innovativen Schwerpunkten, mehr Integration und vor allem der Dialog mit den Trägern werden dabei eine wesentliche Rolle spielen.“ Zu diesen Stichpunkten werde man sich in den nächsten Wochen und Monaten äußern. „Die Zeit ist dann reif, wenn der neue Landeshaushalt vorgelegt wird.“

Andrea Asch (GRÜNE) lobte das im Jahr 2004 verabschiedete Jugendförderungsgesetz als „Abschluss einer Erfolgsgeschichte“. Es habe eine solide finanzielle Grundlage und Planungssicherheit bis 2010 geschaffen. Allerdings müsse man „über den Gesamtbetrag hinaus auch über

die Binnenstruktur des Landesjugendplanes sprechen“. Der Antrag biete hier über den rein finanziellen Aspekt hinaus etwas wenig. Der Forderung der Sozialdemokraten, die 96 Millionen festzuzurren, schloss sie sich jedoch an. Hier habe Minister Laschet zwar zugesagt, sich einzusetzen. „Es bleibt aber bei Lippenbekenntnissen und es gibt keine konkreten Festlegungen.“

Christian Lindner (FDP) brandmarkte den Antrag als „Legendenbildung, was die vergangene Legislatur angeht“. Es gebe Förderrichtlinien, die Träger durch langwierige bürokratische Verfahren belasteten – „bis hin dazu, dass Zuwendungsbescheide so spät eingegangen sind, dass Träger schon kündigen mussten“. Der alten Regierung warf er vor, „einzelne Förderbereiche systematisch gegeneinander ausgespielt“ zu haben. Jetzt bedürfe es über Geld hinaus dringend fachlicher Impulse und einer Vereinfachung der Förderrichtlinien. Hierzu habe die FDP einen Acht-Punkte-Plan ausgearbeitet. Gleichwohl versprach er: Unser Bestreben wird es trotz der schwierigen finanziellen Lage sein, diese 96 Millionen den Trägern zu gewähren.

Generationenminister Armin Laschet (CDU) betonte, Kinder- und Jugendpolitik sei ein Schwerpunkt der neuen Landesregierung. „Wir befreien uns gerade mit Mühe und Not aus Ihrer Politik des ständigen Kürzens. Wenn ich eine solche Politik gemacht hätte, würde ich heute nicht solche Anträge stellen, sondern in Ruhe die Haushaltsberatungen abwarten“, hielt er der SPD entgegen. Nun kehre Planungssicherheit ein. „Das heißt nicht, dass nicht auch genauer hingeschaut und in allen Politikfeldern gekürzt wird. Die Frage ist aber, ob man Strukturen zerstört“, meinte der Minister und verwies im Übrigen auf die Schließung zahlreicher offener Jugendtreffs seit dem Jahr 2001. 



Zum Antrittsbesuch des Botschafters der Slowakischen Republik in Deutschland, Ivan Korcok, hat Landtagspräsidentin Regina van Dinther den Gast im Düsseldorfer Parlamentsgebäude empfangen. Dort trug er sich in das Gästebuch des Landtags ein (Foto). Korcok (41) hat im Januar die Leitung der Botschaft mit Amtssitz in Berlin übernommen.

Foto: Schälte



Sie wachsen in den Himmel,
die Preise an den Zapfsäulen.
Foto: Schälte

Auf dem Weg zum Fünf-Liter-Auto

Grüne appellieren an die Innovationskraft
der deutschen Hersteller

Neufahrzeuge deutscher Hersteller verbrauchen derzeit zwischen 6,8 und 7,4 Liter auf 100 Kilometern. Das ist zu viel, meinen die Grünen und schlagen unter anderem eine freiwillige Selbstverpflichtung von Herstellern und Importeuren auf fünf Liter im Jahr 2012 vor. Diesen und weitere Vorschläge enthält der Antrag (Drs. 14/284), den die Fraktion unter dem Titel „Deutsche Automobilindustrie: Endlich auf kraftstoffsparende Technologien setzen und so die eigene Innovationsfähigkeit sichern“ vorgelegt hat. Das Plenum hat den Antrag mit den Stimmen aller Fraktionen an die Ausschüsse überwiesen, federführend ist dabei der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie.

Reiner Priggen (GRÜNE) sah die Automobilindustrie, die in NRW 200.000 Menschen beschäftigt, zunehmend unter Konkurrenzdruck: In den Bereichen Rußpartikelfilter und Hybridantrieb gebe es Nachholbedarf. Vor dem Hintergrund schwindender Ölvorkommen sei zu diskutieren, „wie wir in der Bundesrepublik Deutschland mit gesetzlichen Vorgaben oder schärfer greifenden Selbstverpflichtungen umgehen wollen“. Der Verband der Europäischen Automobilhersteller habe 1999 mit der EU eine freiwillige Selbstverpflichtung ausgehandelt, die den Verbrauch neu zugelassener PKW bis 2008 auf 5,6 Liter beschränken sollte. Er frage sich, ob die deutsche Automobilindustrie nicht falsche Akzente setze. Als Beispiel nannte er den beabsichtigten Neubau eines Geländewagens, wohingegen der Hersteller die Produktion eines Kleinwagens einstelle.

Dr. Wilhelm Droste (CDU) fand, dass der Antrag Ungereimtheiten aufweise. Man gehe über Fakten im Klimaschutz hinweg, die Versäumnisse rot-grüner Verantwortung in Berlin offenbarten. Auch könne die Politik im vom Antrag behandelten Thema „allenfalls Rahmenbedingungen setzen“. Die deutsche Industrie habe in vielen Bereichen weiterhin die Nase vorn. Bei den neu zugelassenen Dieselfahrzeugen mit Partikelfilter liege der Anteil deutscher Marken bei 80 Prozent. Ihr Markterfolg sei ein großes Plus für die Umwelt. Der Antrag enthalte zum Teil richtige Ansätze, jedoch sei es nicht Sache

der Landespolitik, „der Industrie vorzuschreiben, wie sie sich marktgerecht verhalten soll“. Wenn die Verbraucher nach verbrauchsarmen PKW fragen, werde die Automobilindustrie schon wegen dieser Nachfrage darauf setzen.

Stefanie Wiegand (SPD) begrüßte die Debatte, „damit auch die letzten unter uns akzeptieren, dass man Umweltpolitik als Chance für die Industrie begreifen kann und nicht nur als vermeintlichen Fluch der ehemaligen rot-grünen Landesregierung“. Es sei falsch zu glauben, vom Autofahren gingen keine oder nur geringe Gefahren für die Umwelt aus. Die Abgeordnete bedauerte die mangelnde Nachfrage auf dem Markt nach kraftstoffsparenden Modellen. Laut Bundesumweltamt sei es einfacher und kostengünstiger, den derzeitigen Spritverbrauch zu halbieren und mittelfristig auf innovative Antriebstechniken zu setzen. Es sei legitim, Forschungen auf diesem Feld in die Förderungsinstrumente der NRW-Bank einzubeziehen. Sie erinnerte die Landesregierung an eine Formulierung im Koalitionsvertrag, wonach die Serienreife eines möglichst schadstofffreien Personenwagens unterstützt werden solle.

Dietmar Brockes (FDP) hielt den Antrag eher für den Bundestag als für den Landtag geeignet. Er lobte jedoch die „Fleißarbeit“ der Grünen und hoffte, dass bei ihnen „ein gewisser Sinneswandel“ eingetreten sei. Der Industrie könne man nicht vorschreiben, in welche Technologien

sie investieren solle. Gerade die Dieselschuld habe sehr viele Potenziale, die man auch zukünftig nutzen sollte. Brockes verwies auf einen Autotest, bei dem ein deutsches Dieselfahrzeug im Durchschnittsverbrauch besser als ein ausländischer Geländewagen mit Hybridantrieb abgeschnitten habe. Der hohe Spritpreis in Deutschland resultiere vor allem aus einem 70-prozentigen Steueranteil. Auf die Industrie dürfe man nicht alleine schauen. Die Bundesregierung selbst frage PS-starke Fahrzeuge nach: Unter den 25.300 Fahrzeugen beim Bund seien nur drei Dreiliterautos.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) zitierte aus dem Schreiben eines in NRW ansässigen Autoherstellers, der „alles andere als Nachholbedarf“ habe. Darin hieß es, dass die deutsche Automobilindustrie eine kontinuierliche Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs erreicht habe und Zusagen erfüllt würden. Weiter führte sie aus, dass es in NRW regionale Zusammenhänge zur Forschung in der Zuliefererbranche gebe. Diese brächten technische Lösungen voran, ohne nach Subventionen zu rufen – dafür sollte man sie loben, sagte die Ministerin. Förderungsinstrumente der NRW-Bank stünden der Forschung in diesem Bereich aber selbstverständlich für geeignete Vorhaben zur Verfügung. Die Landesregierung wolle eventuell vom Bund initiierte weitere freiwillige Vereinbarungen zur Reduzierung der Emissionen unterstützen.



Hans-Theo Peschkes
(SPD)

Innenminister
Dr. Ingo Wolf (FDP)

Fotos: Schälte

Nachwuchsförderung oder Mogelpackung?

Debatte über die Einrichtung fünf neuer Sportschulen in NRW

Die Ankündigung der Landesregierung, fünf neue Sportschulen in NRW einrichten zu wollen, nahm die SPD-Fraktion zum Anlass für einen Antrag (Drs. 14/286): „Das Verbundsystem Schule und Leistungssport ausbauen – kein Etikettenschwindel mit Sportschulen.“ Darüber diskutierte das Parlament am 28. September.

Hans-Theo Peschkes (SPD) sah sich in seinen Erwartungen enttäuscht, die Landesregierung würde weitere Sportschulen errichten, die „talentierte Kinder und Jugendliche an den Spitzensport heranführen“. Vielmehr sei die als Sportschule bezeichnete Schulform eine „Mogelpackung“. Für allgemein bildende Schulen, die drei zusätzliche wöchentliche Pflichtsportstunden einrichten, brauche man keine Koalitionsvereinbarung. Die Landesregierung solle an dem bestehenden System „Schule und Leistungssport“ festhalten. Zudem frage er sich, ob die Landesregierung Kooperationsangebote des Deutschen Fußball Bundes ungenutzt lassen wolle. Statt Etikettenschwindel zu betreiben, solle die Landesregierung Schulen installieren, die vom Deutschen Sportbund das Siegel „Eliteschule des Sports“ verliehen bekommen können.

Holger Müller (CDU) warf der SPD-Fraktion vor, sie wolle mit ihrem Antrag lediglich „eine gute Idee zum Wohle des Sports madig machen“. Man habe erheblichen Nachholbedarf in Kernsportarten und wolle die internationalen Leistungen des deutschen Sommersports an die des Wintersports heranführen. Dazu bedürfe es aber eines Unterbaus, die „Leute müssen erst

einmal schulisch und vereinsmäßig erfasst werden“. Ohne intensive Förderung ab dem Kindesalter seien keine Erfolge zu erreichen. Talentsichtung und -förderung müssten so früh wie möglich beginnen. Das bisherige System könne und müsse optimiert und weiterentwickelt werden. Fünf Sportschulen seien genau der richtige Weg. „Über den Breitensport in der Jugend, in der Schule, im Verein zum Spitzensport der Zukunft: So muss es gehen.“

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) erklärte, man wolle keine Idee madig machen, sondern herausfinden, was es für eine Idee sei. Auf eine Kleine Anfrage zum Thema hin habe er auch in der Antwort keine Erklärung finden können, „was denn nun diese fünf neuen Sportschulen eigentlich sein sollen“. Es bringe nichts, den bisherigen bewährten Formen der Sportförderung an Schulen eine „weitere, völlig unbestimmte hinzuzufügen“. Auch auf seine Frage, welche Landesmittel zur Umsetzung des Projekts Sportschulen eingesetzt werden sollen, habe er keine konkrete Antwort erhalten. Er rate dringend, dass Etikett „Sportschule“ wieder fallen zu lassen. Sollte man im Ausschuss zu neuen Einigungen finden, etwa im Hinblick auf die Eliteschulen des Leistungssports, „sind wir bei Ihnen“.

Christof Rasche (FDP) betonte, Leistungssport in seiner Breite und Tiefe sichern zu müssen. Hierzu sei ein durchgängiges, abgestimmtes System Voraussetzung. Da sich viele Sporttalente heute oft zwischen sportlicher oder beruflicher Karriere entscheiden müssten, seien flexiblere Regelungen an Schulen und Universitäten bei

der Koordination von Sport und Ausbildung notwendig. Deshalb müsse man besonders den Bereich Schule und Leistungssport ausbauen, gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen sowie durch neue Ideen voranbringen. FDP und CDU täten dies. Auch ein Gutachten des Deutschen Sportbundes zeige, dass bei weitem noch nicht alles in Ordnung sei. Das Verbundsystem „Schule und Leistungssport“ sei ein zentrales Förderelement und eine Grundlage. Darauf habe auch der Sportminister in seiner Antwort auf die Kleine Frage des Abgeordneten Dr. Vesper ausdrücklich hingewiesen.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) erklärte, er wolle an bewährten Instrumenten wie dem Verbundsystem Schule und Leistungssport festhalten. Zugleich sei aber erforderlich, über neue Wege nachzudenken. Das alte System solle daher um die neuen NRW-Sportschulen ergänzt werden. Die SPD habe wohl ein Problem mit dieser Erneuerung und setze anscheinend nur auf die Fortsetzung schon bekannter Maßnahmen. Insbesondere bei den olympischen Kernsportarten Leichtathletik, Schwimmen und Turnen bestehe Nachholbedarf. Für die fünf neuen NRW-Sportschulen sehe die Landesregierung als Ziel eine „vielseitige sportliche Grundlagenausbildung“, Elemente aus dem bewährten Verbundsystem und „umfangreiche außerunterrichtliche Sportgemeinschaften im Sinne der Talentsichtung und Talentförderung“. Man sei überzeugt, hiermit dauerhaft Impulse zur Stärkung eines erfolgreichen Nachwuchsleistungssports in NRW auslösen zu können.



Holger Müller
(CDU)

Dr. Michael Vesper
(GRÜNE)

Christof Rasche
(FDP)

Vernetzungsmöglichkeiten durch die elektronische Gesundheitskarte



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung

Datenpräsenz in der Behandlungssituation

Chip mit Röntgenbild

Elektronische Gesundheitskarte ersetzt künftig Versicherten ausweis

Gesundheitsland Nordrhein-Westfalen: Als erstes Bundesland bringt NRW in diesen Tagen ein flächendeckendes Vorsorgeprogramm für 50- bis 69-jährige Frauen gegen Brustkrebs auf den Weg. Schon jetzt verfügt das Land für alle Frauen über ein dichtes Netz von Brustkrebszentren. Einmalig in Europa ist das umfassende Krebsregister, zu dem der Landtag die gesetzlichen Grundlagen gelegt hat. Und für Anfang 2006 ist der erste offizielle Feldversuch mit der neuen elektronischen Gesundheitskarte geplant.

Die neue elektronische Gesundheitskarte wird auch in NRW getestet. Offizielles Testgebiet ist die „Modellregion Bochum-Essen“. Hier soll ab Anfang nächsten Jahres die neue Karte zunächst an 10.000 Versicherte ausgegeben werden. So sollen die Technik und die Alltagstauglichkeit des Systems getestet werden, bevor die Karte schrittweise die bisherigen Versicherten ausweise ersetzt. Das Projekt ist Teil der Landesinitiative „eHealth.nrw“. Unabhängig von diesem offiziellen Testverfahren hat Ende September die Knappschaft in Bottrop einen Feldversuch begonnen: Im Rahmen des integrierten Versorgungsnetzes „ProspeGKT“ wird eine eigene Gesundheitskarte erprobt.

Zur Grundausstattung der offiziellen Gesundheitskarte gehören Daten wie Patientenna-me, Alter, Versicherungsstatus, Krankenkasse und Geburtsdatum. Eben all das, was man auch von der bisherigen Krankenkassenkarte kennt. Neu ist ein Foto und dass die Versichertendaten nicht nur wie bisher auf der Karte gespeichert sind, sondern auch in einem Online-Verfahren beim Arztbesuch abgeglichen werden können. Und wichtig für Reisende und mobile Menschen: Auf der Rückseite der Chipkarte findet man künftig die Europäische Krankenversichertenkarte (EHIC). Sie ersetzt den Auslandskrankenschein.

Ebenfalls verpflichtend – wenn auch nicht sofort – wird das elektronische Rezept, das das Papierrezept ablösen soll. Mit einem Lese- und Schreibgerät erfasst der behandelnde Arzt die auf der Karte gespeicherten Versichertendaten und speichert die verordneten Arzneimittel als elektronisches Rezept. Die Unterschrift des Arz-

tes erfolgt elektronisch durch seinen Heilberufsausweis (HBA). In der Apotheke wird die Karte dann gelesen, die Unterschrift auf Gültigkeit geprüft und das elektronische Rezept gelöscht, sobald der Patient seine Medikamente entgegennimmt. Patientinnen und Patienten können aber auch weiterhin gängige Versandverfahren nutzen.

Nach und nach können Versicherte dann auf freiwilliger Basis weitere Gesundheitsdaten auf der Karte speichern und zum Teil via PIN schützen: Klinische Basisdaten für die Versorgung im Notfall und für die individuelle Arzneimittelsicherheitsprüfung, die Dokumentation verordneter Arzneimittel, die Übermittlung von Arztbriefen oder die elektronische Verwaltung von Patientenquittungen.

Fernziel ist die elektronische Patientenakte. Sie vereint neben den eigentlichen Personendaten eine Fülle unterschiedlicher medizinischer Daten. Hierbei sind Daten wie die individuelle Krankengeschichte, wichtige Laborbefunde, Operationsberichte sowie Röntgenbilder und digitale Daten anderer Untersuchungen auf Servern gespeichert. Die elektronische Gesundheitskarte beinhaltet den Schlüssel, damit diese Daten aufgefunden und genutzt werden können.


Doch bis es soweit ist, werden sicherlich noch einige Jahre vergehen. Schließlich müssen im Endstadium in NRW allein 83.000 Ärzte, 13.000 Zahnärzte, mehr als 440 Krankenhäuser und über 4.700 Apotheken an das System angeschlossen werden. **vok**

Herausforderung Gesundheit


Der Landtag stellt sich seiner Verantwortung

Gesundheitspolitik ist, auch wenn die grundlegenden Entscheidungen in Berlin fallen, für den NRW-Landtag eine große Herausforderung, der er sich in voller Verantwortung stellt. Aktuelles Beispiel Vogelgrippe: Hier fragen die Parlamentarier immer wieder die Regierung, ob sie ausreichende Vorkehrungen gegen die Ausbreitung der Krankheit unternimmt.

Gesundheitswesen und Kostenexplosion sind zwei weitere Stichworte. Nach Angabe der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein musste im ersten Halbjahr 2005 rund 20 Prozent mehr für Medikamente ausgegeben werden – 1,3 Milliarden Euro. Weiterhin ist für die Landespolitik der anstehende Abbau von 9.500 Krankenhausbetten zwischen Rhein und Weser ein Dauerthema. Und darüber hinaus hält auch der Abschlussbericht der „Enquete-Kommission Situation und Zukunft der Pflege“ einen umfangreichen Aufgabenzettel für die 14. Legislaturperiode bereit.

Einen gewichtigen Schwerpunkt legen alle Fraktionen auf die Prävention. Einer der größten Fortschritte hier dürfte die Einführung des zentralen Krebsregisters sein. In NRW erkranken jährlich über 85.000 Menschen an Krebs, 45.000 sterben. Durch die Daten des Registers will man der tückischen Krankheit besser auf die Schliche kommen. Ein weiterer Baustein ist das neu installierte Gesundheitsportal. Unter www.gesundheit.nrw.de werden Informationen und Ansprechpartner genannt. 

„Der gläserne Patient“

„Ich warne davor, dass mit zu großer Eile eine Gesundheitskarte verpflichtend eingeführt wird, bei der Abstriche an den Datenschutzanforderungen gemacht werden.“ Landesdatenschützerin Bettina Sokol hält mit ihren Bedenken nicht hinterm Berg. Sie mahnt „ein sauberes Sicherheitskonzept“ an. Bisher gebe es noch nicht die notwendige Festlegung der Sicherheitsarchitektur. „Rezepte auf Dauer und zentral gespeichert, können Patienten gläsern machen. Krankheitsverläufe sind oft aus Verschreibungen ablesbar“, warnt sie. Sie rät, „Daten nicht zentral, sondern auf der Gesundheitskarte selbst in der Verfügung der Patienten zu speichern.“ 

„Kein Grund zur Panik!“

Interviews mit den gesundheitspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen

Die gesundheitspolitischen Herausforderungen, denen sich das Land Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren stellen muss, sind vielfältig. Gleichzeitig wächst in der Bevölkerung die Sorge um die eigene Gesundheit und eine adäquate Versorgung im Krankheitsfall. Exemplarisch hat „Landtag intern“ drei aktuelle gesundheitspolitische NRW-Themen aufgegriffen und sprach darüber mit Rudolf Henke (CDU), Rainer Bischoff (SPD), Barbara Steffens (GRÜNE) und Dr. Stefan Romberg (FDP).

NRW ist Vorreiter in Sachen elektronischer Gesundheitskarte. Was sind die Vor- und Nachteile?

Henke: Ich sehe die geplante Einführung der elektronischen Gesundheitskarte als eine große Entwicklungschance. NRW hat sich dieser Thematik gestellt und Anstrengungen unternommen. Eine enge Vernetzung der Daten bietet große Möglichkeiten einer besser abgestimmten Versorgung der Patienten. Mit einem schnellen und sicheren Informationsfluss und der Möglichkeit eines raschen Einblicks in eine elektronische Patientenakte erhöhen sich die Chancen für eine optimale Versorgung, insbesondere auch in Notfällen. Das Ziel besteht darin, die Möglichkeiten moderner EDV in den Dienst kranker Menschen zu stellen. Selbstverständlich muss dabei sichergestellt werden,



Rudolf Henke (CDU)

dass die Datenhoheit bei den Patienten verbleibt und ein Datenmissbrauch mit allen Mitteln verhindert wird. Wir verfolgen diese Ziele in Zusammenarbeit mit allen Akteuren des Gesundheitswesens, um Technologien und Innovationen zu fördern

und den „Gesundheits- und Technologiestandort NRW“ auszubauen und attraktiv zu gestalten.

Bischoff: Die Kosten bei der Gesundheitsvorsorge steigen stetig. Eine Ursache hierfür ist, dass viele Patienten bei Beschwerden gleich mehrere Ärzte konsultieren. Daran ist auch prinzipiell nichts auszusetzen. Problematisch wird es dann, wenn es aufgrund mangelnder Information oder gar aus Vorsatz zu unnötigen Doppeluntersuchungen kommt, die den Ärzten Geld einbringen, aber die Krankenkassen belasten. Durch einen verbesserten Informationsfluss kann dies verhindert werden. Daher wird auf der

Karte künftig festgehalten, welcher Arzt welche Untersuchungen bei welchem Patienten vorgenommen hat. Nachteile entstehen bei diesem System nur dann, wenn Patientendaten nicht im ausreichenden Maße vertraulich behandelt werden. Ich halte jedoch die vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen für ausreichend und bin daher ein Befürworter der Karte.

Steffens: Wenn die Karte datenschutzrechtlich abgesichert ist, hat sie sowohl für die Patienten als auch für die Ärzteschaft nur Vorteile. Entscheidend ist, dass die Patientinnen und Patienten selber bestimmen können müssen, wer Zugriff auf die Daten hat. Im Vordergrund stehen eindeutig die Synergieeffekte und der Informationstransfer zwischen verschiedenen Ärzten, um im Sinne des Patienten

tenwohls eine optimierte Behandlung gewährleisten zu können. Wir wissen ja nicht erst seit gestern, dass ein erheblicher Teil der auftretenden Krankheiten auf die Nebenwirkungen von Medikamenten – insbesondere durch die Addition unterschiedlicher und miteinander unverträglicher Medikamente – zurückzuführen ist.

Dr. Romberg: Bei dieser Technologie geht es darum, eine bessere Vernetzung zwischen Kliniken, niedergelassenen Ärzten und Apotheken zu schaffen und Patienteninformationen zeitnäher austauschen zu können. Die Zeit, die bei der Informationsbeschaffung eingespart werden kann, sollte natürlich dann auch dem Patienten zugute kommen. Die Probleme mit der Datensicherheit sind bislang noch nicht endgültig geklärt.

Voraussetzung muss sein, dass besonders sensible Daten verschlüsselt und nur auf Wunsch des



Rainer Bischoff (SPD)

Patienten zugänglich gemacht werden. Das ist an vielen Kliniken, die hausinterne Datenspeichersysteme verwenden, übrigens längst Standard.

Kliniksterben in NRW. Ist die Gesundheitsversorgung in Zukunft in Gefahr?

Henke: Wir erleben gegenwärtig eine starke Tendenz zur Konzentration der Krankenhausversorgung. Dazu tragen viele Entscheidungen aus der Berliner Gesundheitspolitik der letzten Jahre bei. Erwähnenswert sind insbesondere das Krankenhausvergütungssystem, die Debatte über Mindestmengen und die Auswirkungen der seit 1993 gedeckelten Budgets. Wir müssen uns anstrengen, weiterhin die dezentrale Krankenhausversorgung insbesondere auch im ländlichen Raum zu erhalten: Jeder Mensch in NRW soll ein Krankenhaus der Grundversorgung in seiner Nähe finden. Zudem muss die Entfernung zur Spezialversorgung zumutbar bleiben. Wir wollen keine Wartelisten. Wir wollen eine verbesserte Zusammenarbeit im

Gesundheitswesen durch integrierte Versorgung, die auch über die heutigen gesetzlichen Möglichkeiten hinausgehen darf.

Bischoff: Tatsächlich gibt es ein Schrumpfen bei den Bettenzahlen und damit bei den Kliniken. Dieses Schrumpfen ist jedoch notwendig. Aus internationalen Vergleichen wissen wir, dass die stationäre Versorgung hierzulande häufiger und länger in Anspruch genommen wird als in europäischen Nachbarländern, ohne dass die medizinische Versorgung dort schlechter wäre. Wir müssen daher ein größeres Gewicht auf die ambulante Versorgung legen. Mit Sorge betrachte ich, dass die Landesregierung das Krankenhausinvestitionsprogramm für 2006/2007 nicht fortführen will. Das haben wir als Opposition heftig angeklagt und bereits einen ersten Teilerfolg errungen: Der zuständige Minister hat erklärt, das Investitionsprogramm zumindest in diesem Jahr noch aufrecht zu erhalten.

Steffens: Wir brauchen grundsätzlich ein Umdenken bei der Funktion von Krankenhäusern. Dieses Umdenken hat mit den Gesundheitszentren in NRW bereits Wirkung gezeigt. Wir brauchen eine stärkere Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Behandlung wie auch eine stärkere Vernetzung der niedergelassenen Ärzte mit den Krankenhäusern. Es ist zum Beispiel nicht einzusehen, dass eine schwangere Frau die Voruntersuchungen bei einem niedergelassenen Gynäkologen vornehmen lassen muss, anstatt diese in dem Krankenhaus durchführen zu lassen, in dem sie entbinden möchte. Wir brauchen also eine stärkere Vernetzung zwischen ambulanter und stationärer Behandlung. Daraus resultieren ganz neue Perspektiven für die Krankenhäuser. Gleiches gilt auch für eine Vernetzung der Krankenhäuser untereinander. Hier sind die Träger gefragt: Kooperationsbereitschaft statt Konkurrenzdenken lautet das Motto.

Dr. Romberg: Ganz im Gegenteil. Die Tendenz, die Klinikbetten zu reduzieren, ist richtig. Früher dauerte die stationäre Patientenversorgung im Schnitt viel länger. Mittlerweile haben wir sehr kurze Aufenthaltszeiten, da viel mehr ambulant oder teilstationär behandelt wird. Die großen Bettenburgen von früher sind längst nicht mehr zeitgemäß. Durch die Einführung der Fallpauschalen wird sich der Druck auf die Kliniken weiter erhöhen. Sicherlich werden weitere

Häuser auf der Strecke bleiben. Aufgabe der Landespolitik ist es, darauf zu achten, dass eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung flächendeckend erhalten bleibt. Jedem NRW-Bürger muss in einem Umkreis von 15 bis 20 Kilometern ein Krankenhaus der Grundversorgung zur Verfügung stehen. Zudem muss die ambulante sowie die teilstationäre Versorgung in Tageskliniken noch optimiert werden.

Die Vogelgrippe rückt näher. Ist NRW ausreichend vorbereitet?

Henke: Im Vergleich zu anderen Bundesländern unternimmt NRW enorme Anstrengungen. Die Bevorratung einer großen Menge antiviraler Arzneimittel ist beschlossen. Die Landesregierung rät allen Bürgerinnen und Bürgern, sich bis zum Jahresende gegen Grippe impfen zu lassen. Der Impfschutz gegen die jährlich wiederkehrende „normale“ Grippe ist ein wichtiger Baustein im Kampf gegen eine mögliche Influenza-Pandemie. Wo weitere Verbesserungen nötig sind, setzen wir uns dafür ein.

Bischoff: Ich bin kein Mediziner und von daher auch auf die Einschätzungen der Fachleute angewiesen. Als Abgeordneter stellen sich mir zwei Aufgaben: Zum einen muss verhindert werden, Panik zu verbreiten.

Andererseits hat das Parlament als Kontrollinstanz der Landesregierung darauf zu achten, dass das Land auf mögliche Gefahren bestmöglich vorbereitet ist. Die Landesregierung hat erklärt,

ten eine 20-prozentige Bevölkerungsabdeckung. Hier muss das Land möglicherweise nachbessern. Letztlich hoffen wir aber alle, dass wir diese Mittel niemals brauchen werden.

Steffens: Diese Frage lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht eindeutig beantworten. Grund hierfür ist eine teils spärliche, teils widersprüchliche Informationslage, insbesondere im Hinblick auf mögliche Vorsichtsmaßnahmen.



Barbara Steffens (GRÜNE)



Dr. Stefan Romberg (FDP)

Fotos: Schälte

dass sie für rund 15 Prozent der Bevölkerung Arzneimittel bestellt hat. Experten befürwor-

men. Ich höre von Kommunen in NRW, die vollkommen verzweifelt sind, weil es keine wirklichen Notfallpläne für den Ernstfall gebe. Andere Kommunen hingegen sind der Überzeugung, alles im Griff zu haben. Ich merke nur selber, dass auch für mich täglich neue Fragen auftauchen. Diese Fragen gilt es nun in den politischen Fachgremien zu klären. Ich warne jedoch vor Panikmache!

Dr. Romberg: Das Land hat für rund 33 Millionen Euro Medikamente gegen Virustatika eingekauft. Mit dieser Versorgung, mit der 15 Prozent der Bevölkerung abgedeckt werden können, sind wir im Vergleich zu anderen Bundesländern an der Spitze. Wichtig wird sein, dass immungeschwächte Menschen – also beispielsweise chronisch kranke und alte Menschen – die Möglichkeit der Grippe-schutzimpfung wahrnehmen. Damit kann das Risiko von wirklich gefährlichen Doppelinfektionen minimiert werden. Diese Angebote werden erfreulicherweise bereits intensiv angenommen. Das alles zeigt: Das Land nimmt das Problem ernst. Panikmache ist angesichts der Vogelgrippe aber sicherlich nicht angesagt. Es ist und bleibt zunächst eine Erkrankung von Vögeln.

Die Interviews führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.

Tests und Therapien

Aufklärung und Vorbeugung am Gesundheitstag

„Leider“ – so bewertet Simone Weber den Umstand, dass unter den Migränekranken 90 Prozent Frauen und „nur“ zehn Prozent Männer sind. Nicht dass sie mehr Männern dieses Leiden an den Hals wünscht, aber vielleicht würde dann das vermeintlich typisch weibliche Krankheitsbild, das arbeitsunfähig machen kann, ein wenig ernster genommen. Was man als Betroffener dagegen tun kann, versucht sie mit Informationsmaterial zu erläutern, gibt Ernährungstipps („Rotwein, Käse, Schokolade können Migräne auslösen“), schlägt Entspannungstechniken vor und verweist auf ein Medikament, das schnell wirkt und die Patientin nicht „alltagsuntauglich“ macht. Dann händigt sie auf Wunsch den persönlichen Migränepass aus.

Gesundheitstag im Landtag. Ende September stehen einen ganzen Tag Aufklärung und Vorbeugung für Abgeordnete und Beschäftigte auf dem Programm. Und das Präsidium geht mit gutem Beispiel voran. Landtagspräsidentin Regina van Dinther und die Vizepräsidenten Edgar Moron, Dr. Michael Vesper und Angela Freimuth lassen sich gegen Influenza impfen. Wenn in der kalten und feuchten Jahreszeit die grassierende Grippe Lücken in die Reihen der Abgeordneten reißen sollte – das ganze Präsidium ist immun und kann vom allgemeinen Zipperlein unangefochten die Landtagssitzungen leiten. Und in voller Aufmerksamkeit, der nicht der leiseste Zwischenruf entgeht: Vizepräsidentin Freimuth besteht, angeleitet von Sabine Bellut, mit Bravour den Hörtest.

Nebenan sitzt Edgar Moron auf dem Fitness-Rad und strampelt sich unter den Augen von Melanie Schulte ab. Hier geht es um körperliche Bewegung – bestes Mittel für ein gesundes Herz und einen funktionierenden Kreislauf. Trotz aller Anstrengung: Der Vizepräsident ist zu einem Scherz aufgelegt. Als ein Pulk von Journalisten – nach landläufiger Meinung nicht eben bekannt für eine gesunde Lebensführung – vorbeikommt, ruft ihnen Moron zu: „Das sind alles Risikopatienten!“ Das möchten die Angesprochenen nicht auf sich sitzen lassen: „Die Landespolitik ist der Risikofaktor“, zahlen sie lachend mit gleicher Münze heim.

Schräg gegenüber bemühen sich Bettina Jonas und Markus Schmidt, über die Schädlichkeit des Rauchens aufzuklären und die Menschen fürs Nichtraucherprogramm zu gewinnen. Wer aufhören will, sollte ein Nichtrauchertagebuch führen, raten sie. Möglichst sechs und mindestens drei Tage lang vor jeder Zigarette Tag, Uhrzeit und Situation im Tagebuch vermerken und das Protokoll dann mit dem Rauchentwöhnungsberater besprechen. Unterstützung bietet ein Pflaster, das nach und nach die benötigte Nikotinmenge reduziert und Entzugserscheinungen vermeiden soll.

Um die persönliche gesundheitliche Situation einschätzen zu können, wird in einem kleinen Sitzungssaal die Messung von Blutdruck, Cholesterin und Körperfettstärke durchgeführt. Diese Werte geben Aufschluss über das individuelle Risiko, an Herz- und Kreislaufleiden zu erkranken. Federführend ist das Institut für Arbeits- und Sozialhygiene Stiftung (IAS). Sandra Ernst, arbeitsmedizinische Assistentin, legt hinter dem Wandschirm die Oberarmmanschette an, um den Blutdruck zu ermitteln.

Alles in allem: Der Gesundheitstag im Landtag war ein voller Erfolg. Das Angebot zur Gripeschutzimpfung wurde gern angenommen. Der Tag bot den Abgeordneten und Beschäftigten nicht nur Gelegenheit, sich über ihren eigenen körperlichen Status klar zu werden und den Wert von rechtzeitiger Vorbeugung zu erkennen. Hier fanden sich auch konkrete Angebote, was zum Beispiel gegen Nikotinsucht oder quälenden chronischen Kopfschmerz getan werden kann. Dass auch gesundes Hören Voraussetzung für Kommunikation und Verstehen ist, erschien dann im Haus des politischen Gesprächs, dem Landtag, wie eine Binsenweisheit. JK

Achtung, gleich piekst es – Vizepräsident Edgar Moron macht (noch) gute Miene angesichts der Nadel, die gleich seinen Oberarm ritzt. Für den Gripeschutz sorgt Dr. med. Henriette Bresser-Morzinck (r.) von der IAS Stiftung.



Radeln für einen guten Zweck, nämlich die eigene Gesundheit: Landtagspräsidentin Regina van Dinther (2.v.l.) beim Test, assistiert von Vizepräsidentin Angela Freimuth (l.), Vizepräsident Dr. Michael Vesper (2.v.r.) und Melanie Schulte (r.) von der Bay-Rad-Initiative eines Leverkusener Medikamentherstellers.

Fotos: Schälte

Nordrhein-Westfalen und die EU

Botschaftsvertreter erläutert britische Ratspräsidentschaft

Bis Ende Dezember dieses Jahres noch dauert die britische EU-Ratspräsidentschaft. Da der Hauptausschuss des Landtags auch für Europapolitik zuständig ist, bot er dem Mitglied der EU-Abteilung der Britischen Botschaft in Berlin, Paul Heardman, Gelegenheit, Arbeitsprogramm und Schwerpunkte dieser Ratspräsidentschaft vorzutragen und im Gespräch mit den Ausschussmitgliedern zu konkretisieren.

Drei Punkte stellte Heardman in seinem Vortrag in den Mittelpunkt: Die Antwort Europas auf die Herausforderung der Globalisierung, die Stärkung der inneren Sicherheit gegen die Bedrohungen des Terrorismus und die Weiterentwicklung der (auch finanziellen) Strukturen in der EU.

Europa befinde sich gegenwärtig, nach den beiden gescheiterten Abstimmungen über die Verfassung in den Niederlanden und in Frankreich, in einer Reflexionsphase, betonte der Gast. Die werde bis zum kommenden Jahr anhalten, meinte er und urteilte, die Verfassung sei sehr sinnvoll, zumal Dreiviertel des Textes aus einer Wiederholung der bestehenden Verträge bestehe. Aber bevor „man über den Text spricht, müssen wir über den Kontext reden“, formulierte er und bekannte auch: „Es ist noch verfrüht zu sagen, ob diese Verfassung zu retten ist.“

LANDWIRTSCHAFT

Herangehen müsse man aber unbedingt aus britischer Sicht an die Subventionen für die Landwirtschaft in der EU. Es könne nicht länger hingenommen werden, dass 40 Prozent des Etats in einen Bereich wanderten, der nur zu zwei Prozent zum EU-Bruttoinlandsprodukt beitrage. „In den nächsten sieben Jahren müssen wir ganz weit weg von diesen 40 Prozent kommen“, forderte Heardman. Unhaltbar sei ferner, dass Großbritannien zweieinhalb mal mehr für diese Aufgabe in die EU-Kasse zahle als (Hauptnutznießer) Frankreich.

Auf ein anderes Ungleichgewicht wies er in diesem Zusammenhang hin. In Afrika, rechnete er vor, seien 90 Prozent der Armen in der Produktion landwirtschaftlicher Güter beschäftigt. Durch Abschottung trete aber der Effekt ein, dass landwirtschaftliche Produkte aus Afrika nur vier Prozent des Weltmarktangebots ausmachten. Da sei es unverantwortlich, wie der Gast sagte, „dass wir für jede europäische Kuh jeden Tag zwei Euro aufwenden“. Entwicklungspolitik sei im Übrigen auch das richtige Mittel, um das Problem der illegalen Einwanderung zu entschärfen.

Als wichtiges Ergebnis der britischen Präsidentschaft nannte der Sprecher den Umstand, dass es geglückt sei, „nach harter Arbeit vieler Länder“ die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen. Heardman ließ keinen Zweifel daran, dass London diese Mitgliedschaft wünsch: Die Türkei sei als Brücke zwischen Europa und dem Islam von strategischer Bedeutung. Er halte nichts davon, irgendwo eine Linie zu ziehen und zu sagen: Bis hier ist Europa, dahinter nicht! Das rufe nur die Gefahr hervor, dass Länder sich ausgeschlossen fühlten und ihren Reformkurs aufgäben, den sie mit Blick auf eine EU-Mitgliedschaft eingeschlagen hätten.

In Sachen innerer Sicherheit mahnte das Botschaftsmitglied eine stärkere Zusammenarbeit der Staaten in der EU zur effektiven Bekämpfung des Terrorismus an. Es gebe schon zahlreiche

Mittel und vereinbarte Maßnahmen, aber die müssten auch umgesetzt werden. So werde weiter an der Europäischen Beweisanordnung gearbeitet, und die Verfolgung von Terroristen dürfe nicht daran scheitern, dass in den EU-Staaten unterschiedliche Fristen zur Speicherung von Telekommunikationsdaten herrschten.

Zur Globalisierung stellte Heardman klar, dass die Bedrohung nicht von Polen oder Rumänien ausgehe, „die Herausforderung liegt in Indien und China“. Die Europäer sollten ihre Mittel nicht in dem bisherigen Ausmaß zur Stützung der heimischen Landwirtschaft verwenden, sondern viel stärker für Forschung und Entwicklung.

CHEMISCHE INDUSTRIE

In der Fragerunde sprachen Ausschussmitglieder die Auswirkungen der europäischen Chemikalienrichtlinie für die mittelständische chemische Industrie des Landes an. Sie unterstrichen, dass das Land NRW weiterhin auf EU-Mittel aus dem Strukturfonds angewiesen sei. Angesichts der Globalisierung machten sie darauf aufmerksam, dass Europa sein erfolgreiches Sozialmodell nicht aufgeben dürfe. Gefragt wurde auch nach den britischen Vorstellungen zur zukünftigen Finanzplanung.

Ein lebhafter Austausch und ein erstes Kennenlernen an diesem

20. Oktober. Man sollte das Gespräch fortführen, regte Ausschussvorsitzender Werner Jostmeier (CDU) an. Eifriges Kopfnicken bei Paul Heardman.

JK

Viel Beifall erhielt Paul Heardman (Bild) von der Britischen Botschaft in Berlin für seinen Vortrag im Düsseldorfer Hauptausschuss.

Foto: Schälte





Noch in voller Besetzung, später zogen in der jüngsten Schulausschusssitzung die Abgeordneten von SPD und Grünen aus dem Saal. Sie wollten so dagegen protestieren, dass CDU und FDP mit ihrer Mehrheit mehrere Punkte von der Tagesordnung gestrichen hatten. Außerdem monierte die Opposition, dass Ministerpräsident Rüttgers nicht zur Sitzung erschienen war. Die Koalitionsfraktionen ihrerseits attackierten die in ihren Augen parteiische Sitzungsleitung durch den Vorsitzenden Wolfgang Große Brömer (SPD) und nannten das Verhalten der Opposition „Schaumschlägerei“.

Foto: Schälte

Streit um angebliche Schulschließungen

SPD-Fraktion beantragt Sondersitzung in der Herbstpause

Die Opposition bezichtigt Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) der „Falschaussage“. Rüttgers hatte vor den Herbstferien im Landtag verkündet, dass einer Vielzahl von Grundschulen wegen zu geringer Schülerzahlen die Schließung drohe. Dies wolle er durch eine Nachbesserung beim Schulgesetz verhindern. Überflüssig, meint die Opposition. „Zwergschulen“ seien nach dem von Rot-Grün auf den Weg gebrachten Schulgesetz längst geltende Praxis. In einer Sondersitzung des Schulausschusses (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) forderte sie nun eine Stellungnahme der Landesregierung. Schulministerin Barbara Sommer (CDU) kündigte ihrerseits eine Änderung des „widersprüchlichen“ Schulgesetzes an.

Nach einem gut 45-minütigen Bericht der Schulministerin „zur Frage des Fortbestands von Grundschulen nach dem geltenden Schulgesetz“ schien die Geduld so mancher Oppositionspolitiker aufgezehrt zu sein: „Thema verfehlt“, urteilte Sigrid Beer (GRÜNE). Der Bericht enthalte nichts Neues. Stattdessen stehe die zentrale Frage weiterhin unbeantwortet im Raum: „Wer trägt die Verantwortung für die Falschaussage des Ministerpräsidenten Rüttgers?“ Mit der Behauptung, die Landesregierung müsse ein drohendes Schulsterben verhindern, wolle sich Rüttgers offenbar als „Robin Hood der kleinen Schulen“ inszenieren, so Beer.

Ex-Schulministerin Ute Schäfer (SPD) zeigte sich „entsetzt“. Der Ministerpräsident habe in der Plenardebatte erklärt, dass das Schulgesetz die Zweizügigkeit von Grundschulen vorschreibe. Wie und wo sich diese Behauptung aus dem geltenden Gesetzestext ableiten lasse, wollte Schäfer wissen. Zudem sei nicht geklärt, ob Rüttgers „bewusst getäuscht hat oder ob es einfach Dilettantismus war“. Die heutige Debatte habe deutlich gemacht, dass sich Schwarz-Gelb bei der Schulpolitik von „Sparzwängen“ leiten ließe. „Ich halte fest: Sie wollen die geltende Rechtslage verändern, Sie

wollen die Zweizügigkeit ins Gesetz hineinschreiben.“

Auch ihr Fraktionskollege Sören Link (SPD) übte Kritik: Der Ministerpräsident habe „etwas Falsches behauptet“. Daran gebe es auch juristisch nichts „herumzudeuteln“. Das sei „peinlich genug“. Anstatt jedoch seinen Fehler zuzugeben, beharre Rüttgers weiterhin auf der Richtigkeit seiner Aussage.

DRINGLICHKEIT

„Politische Inszenierung“ witterte Klaus Kaiser (CDU). Die Geschäftsordnung des Landtags schreibe „besondere Dringlichkeit“ als Voraussetzung für die Beantragung einer Sondersitzung vor. Diese könne er beim besten Willen nicht erkennen. Der Opposition gehe es nicht um „inhaltliche Aufklärung“, sondern um „politischen Klamauk“. Dies könne jedoch nicht davon ablenken, dass NRW ein neues Schulgesetz braucht, da das gültige „in vielen Punkten schlecht gemacht“ sei. Schwarz-Gelb wolle „jetzt Klarheit schaffen nach der Devise: Kurze Wege für kurze Beine, das heißt: wohnortnahe Grundschulversorgung sicherstellen“.

Ingrid Piper-von Heiden (FDP) verwies auf den demographisch bedingten Rückgang der Schülerzahlen im Grundschulbereich. Die Landesregierung habe „in aller kürzester Zeit ein hervorragendes Konzept“ vorgelegt, wonach „die Zwergschulen in Form von Dependancen“ erhalten werden können. Die Koalition werde sich damit eines Problems annehmen, bei dem Rot-Grün „eindeutig geschludert“ habe.

Schulministerin Sommer und ihr Staatssekretär Günter Winands wiesen die Vorwürfe der Opposition entschieden zurück, Ministerpräsident Rüttgers habe mit falschen Behauptungen und Zahlen agiert. Nach geltendem Gesetz seien die Schulträger dazu „verpflichtet, durch schulorganisatorische Maßnahmen angemessene Klassen- und Schulgrößen zu gewährleisten“. Würde hier nicht nachgebessert, müssten Schulen geschlossen werden, mahnte Winands.

Laut Ministerium wird die Schülerzahl in den NRW-Grundschulen bis 2015 voraussichtlich um 18 Prozent auf rund 624.300 sinken. Im laufenden Schuljahr besuchen rund 763.660 Kinder die 3.425 öffentlichen Grundschulen. Schon jetzt gebe es 1.370 Grundschulen mit weniger als 192 Schülerinnen und Schülern, so die Ministerin. Bis 2015 erhöhe sich diese Zahl auf 2.085 Schulen. Wer darauf nicht reagiere, belaste durch zu viele unterbesetzte „Zwergschulen“ sowohl die Etats von Land und Kommunen als auch die „normalen“ Schulen, die zu wenig Lehrer für große Klassen hätten.

Nach Auskunft der Bezirksregierungen seien „landesweit derzeit etwa 60 Schließungen von Grundschulen im Gespräch“. Um dies zu vermeiden, wolle die Landesregierung rechtliche Unsicherheiten im Schulgesetz abstellen. Eine Möglichkeit sei die Zusammenlegung von Zwergschulen zu einer Stammschule mit mehreren Filialen.

ax

Am heftigsten drückte die Politiker – wie auch die Bevölkerung – der Schuh mit Blick auf die Vogelgrippe. Welche Maßnahmen sind erforderlich, was ist überflüssige Panikmache und dringend zu vermeiden? Verbraucherschutzminister Eckhard Uhlenberg (CDU) und Staatssekretär Dr. Alexander Schink berichteten den Abgeordneten über das Vorgehen bei Risikobewertung. Sie erläuterten zudem die notwendigen Abstimmungen mit nachgeordneten Landesbehörden, aber auch mit Bund, EU und Nachbarländern.

RISIKO

Das Friedrich-Loeffler-Institut habe als größtes Risiko nicht den Vogelflug, sondern die illegale Einfuhr von tierischen Produkten ausgemacht. Deshalb habe NRW die Kontrollen an Flughäfen, aber auch an Fernbus-Bahnhöfen verstärkt. Darüber hinaus gebe es seit langem ein funktionierendes Frühwarnsystem. Die Stallpflicht für Geflügel – Fachbegriff Aufstallung – hatte man bis dato nur begrenzt eingeführt. Eine Maßnahme, die sich bereits Stunden später aus Berlin durch die Eilverordnung zur generellen Aufstallung überholt hatte.

Die Aufstallung, so die Antwort auf eine Frage der Abgeordneten Svenja Schulze (SPD), diene dazu, den Kontakt zu Wildtieren zu vermeiden. Hier liege für Nutztiere nach Expertenaussagen ein erhebliches Ansteckungspotenzial. Eine Gefahr, die mit Ende des Vogelfluges Mitte Dezember abklingen dürfte, aber spätestens im Frühjahr wieder aufflammt – nämlich dann, wenn die Zugvögel aus dem Süden zurückkommen.

Was aber ist, wenn die Pandemie hier ausbricht, wollte nicht nur Annette Watermann-Krass (SPD) wissen. Derzeit, so die Antwort, bestehe diese Gefahr nicht. Insbesondere weil das Virus nur über direkten Kontakt zu Vögeln und nicht von Mensch zu Mensch übertragen werde. Man habe daher noch ausreichend Zeit, Notfallpläne zu entwickeln. Allerdings hat NRW bereits genügend Impfstoff für 15 Prozent der

Vogelgrippe, Schweinepest und Fleischskandal

Ausschuss informierte sich über aktuelle Lage

Vogelgrippe, Schweinepest und Fleischskandal – was da unter dem Vorsitz von Marie-Luise Fasse (CDU) im Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz letzte Woche auf der Tagesordnung stand, war alles andere als appetitlich. Wie ist NRW angesichts solch beunruhigender, wenn nicht gar bedrohlicher Entwicklungen gewappnet? Diese Frage stand im Mittelpunkt der Diskussion zwischen Abgeordneten und Vertretern des Verbraucherschutzministeriums.

Bevölkerung eingelagert. Über die weitere Entwicklung wird die Landesregierung den Ausschuss auf dem Laufenden halten, sagte das Ministerium zu. Gegebenenfalls ist auch eine gemeinsame Sondersitzung mit dem Gesundheitsausschuss angedacht.

Lange nicht so brisant, aber auch ein „Anlass zur Besorgnis“ war der erneute Ausbruch der (Wild-)Schweinepest im Kreis Euskirchen. Hier wurden bereits zwei Frischlinge gefunden, die an dem für Menschen ungefährlichen, für den Schweinebestand jedoch verheerenden Virus verendet sind. Reagiert haben die Behörden mit der Einrichtung eines 160 Quadratkilometer großen gefährdeten Bezirks, in dem besondere Schutzmaßnahmen gelten. „Alles ganz hervorragend“, so lobte Clemens Pick (CDU)

das Vorgehen der Behörden. Allerdings mahnte er zum einen weiträumiges Impfen und zum anderen

eine genaue Prüfung an, woher der Virus stamme. Es sei zu klären, ob es sich um ein neu eingeschlepptes Virus oder Restbestände aus 2002 handele.

SCHADEN

Entsetzt zeigten sich die Abgeordneten aller Fraktionen über die Folgen des Fleischskandals in Bayern, dessen Auswirkungen mittlerweile auch NRW erreicht haben. So wurden im Zeitraum zwischen dem Jahresende 2004 und März 2005 auch an Rhein und Weser Hühnerklein und Hühnersuppe verkauft, deren Inhalt im Wesentlichen aus Schlachtabfällen der Kategorie 3 bestand – normalerweise werden solche Abfälle zu Hundefutter verarbeitet. Das sei, war man sich einig, glücklicherweise zwar nicht gesundheitsschädlich, aber zumindest „sehr eklig“. Und hier entstehe ein immenser wirtschaftlicher Schaden für heimische Firmen, die unwissentlich das umdeklarierte Fleisch gekauft und verarbeitet hatten. „Ich sehe diese NRW-Firmen als Opfer“, so Minister Uhlenberg, der mit den Parlamentariern einig war, dass es nun auch darum gehe, den Ruf einer ganzen Branche vor schwarzen Schafen zu schützen. **vok**



Besuch im Grünen – vor Toresschluss hat sich der Umweltausschuss (Bild) auf dem Gelände in der Dhünnaue über den Erfolg der inzwischen zu Ende gegangenen Landesgartenschau in Leverkusen informiert.

Wie viel Schutz für Mieter in NRW?

Ausschuss debattiert Abschaffung der Kündigungssperrverordnung

Demonstrationen im Parlament am Rhein sind nicht erlaubt. Aber irgendwie hatten es die über 30 Vertreter des Mieterbündnisses Ruhr geschafft, im Vorfeld der Sitzung des Bauausschusses (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) Bauminister Oliver Wittke (CDU) ihren dringlichen Appell zu präsentieren, beim Mieterschutz keine Abstriche zu machen. Dokumentiert mit gut 5.000 Unterschriften.

In der Ausschusssitzung gab es reichlich Gelegenheit, den Argumenten der verschiedenen Seiten zu lauschen. Denn die SPD hatte mit einem Antrag (14/120) „Mieterschutz nicht ohne Not aufweichen!“ auf die Ankündigung von Veränderungen reagiert. Die Sozialdemokraten befürchten, dass die von der neuen schwarz-gelben Landesregierung geplante Aufhebung der Kündigungssperrverordnung zu einer „einschneidenden Verschlechterung des Mieterschutzes“ führen wird. CDU und FDP unterstützen dagegen die Überlegungen der Landesregierung, den Mieterschutz auf das gesetzliche Maß zurückzufahren und legten darum einen Entschließungsantrag (14/157) mit dem Titel „Neuanfang in der Wohnungsbaupolitik – Mehr Markt und weniger Bürokratie!“ vor.

Unter anderem vor dem Hintergrund des Verkaufs von 300.000 Wohnungen seitens großer Unternehmen und der öffentlichen Hand an private Investoren seit dem Jahr 2000 gilt derzeit in NRW eine „Kündigungssperrverordnung“, die den Kündigungsschutz beim Verkauf auf bis zu zehn Jahre festschreibt.

„Die Wohnungsmärkte haben sich verändert“, argumentierte Heinz Sahnen (CDU).

Außerdem könnten Wohnungsverkäufe durchaus im Interesse der Mieter sein, schließlich nähmen Käufer in der Regel Sanierungen vor, die zu mehr Lebensqualität führten. Es bleibe ja bei einem abgefederten Verfahren. Eine extrem lange Kündigungsschutzfrist solle nur „nicht mehr die Regel sein“.

FRISTEN

Das Bundesrecht sehe nämlich sehr wohl Ausnahmen vor, ergänzte Christof Rasche vom Koalitionspartner FDP. Allerdings nur, um auf besondere Gefährdungen angemessen reagieren zu können. „In NRW sind die Ausnahmen nicht angemessen, insofern ist eine Abschaffung nur konsequent. Wenn Sie uns nach der Abschaffung im Einzelfall Notwendigkeiten nachweisen, ändern wir im Ausnahmefall“, schlug Rasche der Opposition vor. Ansonsten bringe der gesetzliche Kündigungsschutz bis zu vier Jahre – „das reicht“. In Baden-Württemberg, so Minister Wittke, gebe es derzeit beispielsweise nur fünf Städte, die eine solche Ausnahmeregelung in Anspruch nähmen.

„Hier steht nichts von Prüfen. Und nichts von Ausnahmen. Hier steht, die Fraktionen beantragen die Aufhebung“, hielt Dieter Hilser (SPD) den Koalitionsfraktionen vor. Und Horst Becker (GRÜNE) ergänzte, das habe vor der Wahl so nicht im CDU-Programm gestanden. „Auch Ihre Bürgermeister werden dagegen sein“, prognostizierte er Widerstand seitens der Kommunen im Lande. Und angesichts leerer Kassen frage er sich, ob es Sinn mache, eine neue Regelung abzuschaffen und dann Einzelfälle zu überprüfen. „Lassen Sie uns doch mal zwei bis drei Jahre warten.“ Verkäufe, so Dr. Axel Horstmann (SPD), verhindere die bisherige Regelung jedenfalls nicht. Er plädierte an die CDU, sich „als Partei mit sozialen Traditionen von der Spur der FDP zu lösen“.

Eine besondere Rolle spielte in der Debatte – auch in der Aussprache zur „kleinen Regierungserklärung“ des Ministers – die Landesentwicklungsgesellschaft LEG. Während CDU und FDP das landeseigene Wohnungsunternehmen als schlechtes Beispiel bei Wohnungsverkäufen der Vergangenheit zitierten, warfen SPD und GRÜNE der neuen Regierung vor, gerade bei den anstehenden Wohnungsverkäufen aus dem Bestand der LEG den Mieterschutz nicht zu berücksichtigen.

Also was nun? Warten, ob sich die aus 2004 stammende Regelung bewährt und dann nachjustieren, oder abschaffen und mit gezielten Ausnahmeregelungen gegensteuern? Einig wurden sich die Politiker in dieser Sitzung nicht. Jetzt sind die Experten gefragt. Auf Antrag der SPD wird es voraussichtlich im Dezember eine öffentliche Anhörung zum Thema Mieterschutz geben. Vielleicht sind die Vertreter des Mieterbündnisses Ruhr dann ja auch wieder mit von der Partie – als ganz normale Zuhörerinnen und Zuhörer. **vol**



Die neuen Arbeitsstrukturen und Aufgabenteilungen seines Verbands stellte Walter Schneeloch (r.), Präsident des LandesSportBundes NRW (LSB), dem Sportausschuss und seinem Vorsitzenden Axel Wirtz (l., CDU) vor.

Foto: Schälte

Eckstein der Frauenförderung

Koalition und Opposition zur Arbeit der Regionalstellen im Land

Eine lebhafte und politisch kontroverse Diskussion hat im (mitberatenden) Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales unter dem Vorsitz von Günter Garbrecht (SPD) stattgefunden. Dabei ging es um die Zukunft der Regionalstellen für Frau und Beruf. Während die Opposition diese Einrichtungen in ihrer Existenz bedroht sah (und eine unveränderte Unterstützung einforderte), wiesen Sprecher der Koalition auf ihre erklärte Absicht hin, alle Förderprogramme auf den Prüfstand zu stellen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben die Stellen eine Finanzierungszusage bis Ende des Jahres. Der Landeshaushalt 2005 sieht Zuschüsse in Höhe von 3,4 Millionen Euro vor, mit denen 46 Regionalstellen gefördert werden. Wenn nicht kurzfristig über die Fortsetzung der Finanzierung entschieden werde, so die Sozialdemokraten in ihrem Antrag (Drs. 14/199), dann sei die erfolgreiche Arbeit dieser oft von mehreren Kommunen gemeinsam getragenen Einrichtungen gefährdet: Sie hätten im vergangenen Jahr 80.000 Frauen mit Information, Beratung und Qualifizierung unmittelbar erreicht.

Diese Beratung, betont die SPD in ihrem Antrag, habe zur Verbesserung der Situation von Frauen im Berufsleben beigetragen. Die Regionalstellen richten ihre Angebote an Berufseinsteigerinnen und Rückkehrerinnen nach Erziehungszeiten, informieren über zukunftsweisende Berufsbilder für Mädchen und junge Frauen und „tragen (neben ihrer arbeitsmarktpolitischen Bedeutung) wesentlich zu einem modernen Frauenbild in unserer Gesellschaft bei“. Sie beraten Frauen bei Existenzgründungen. Sie schulen in neuen Technologien und wirken auf dem Gebiet der regionalen Strukturpolitik.

In der Ausschussdebatte machte Birgit Fischer (SPD) deutlich, dass es ihrer Fraktion nicht um

vorgezogene Haushaltsberatungen gehe. Man wolle einfach wissen, welche Perspektiven die neue Landesregierung den Regionalstellen eröffne. Schon im Plenum sei deutlich geworden, dass es nicht eindeutig klar sei, „wie die verschiedenen Fraktionen die Notwendigkeit der Regionalstellen als wirksames Instrument im Interesse der beruflichen Frauenförderung in Nordrhein-Westfalen beurteilen“. Des Weiteren sollte die künftige Finanzierungsplanung geklärt werden.

VERNETZUNG

Das unterstützte Barbara Steffens (GRÜNE). Sie erinnerte an die Aussage von Frauenminister Armin Laschet (CDU), wonach es „gute“ Regionalstellen gebe, die man weiter fördern wolle und auch „schlechte“, die nicht mehr gefördert werden sollten. Auch sollten „Synergieeffekte“ genutzt werden. Offenbar sei Vertretern der Regierungsfaktionen die wirkliche Dimension dessen, was die Regionalstellen heute leisteten, nicht bekannt, meinte sie und fand es „fatal“, wenn die Stellen entfielen oder wenn einzelne als schlecht eingestuft und Synergieeffekte herausgefiltert würden.

Dem widersprach Norbert Post (CDU). Unter Hinweis auf die Vielzahl von Regional-

stellen – es gebe auch welche bei den Industrie- und Handelskammern – erschien es ihm ratsam, wenn diese Arbeit zwar unterstützt werde, die einzelnen Aufgabenträger sollten aber enger zusammenrücken und vernetzter arbeiten. Post zur regionalen Strukturförderung: „Zweifelloso gibt es Doppelstrukturen.“ Auf die „ungeheuer wichtige“ Förderung der Wiedereingliederung könne niemand verzichten. Eine inhaltliche (nicht haushaltsrechtliche) Zusage könne gegeben werden und sei schon erfolgt. „Aber nun zu sagen, das Konzept bleibt in seiner jetzigen Form bestehen, ohne sich um die diskutierten Vernetzungen und um Evaluation zu kümmern, erscheint fragwürdig.“

Zahlreiche Doppelstrukturen erkannte auch Dr. Stefan Romberg (FDP). Bei der jetzigen Haushaltslage sei man gehalten, über solche Doppelstrukturen nachzudenken. Außerdem müsse die bisher geleistete Arbeit einer Prüfung unterzogen werden. Zum jetzigen Zeitpunkt, fand er, könne über einen solchen haushaltsrelevanten Antrag nicht abgestimmt werden. Dem widersprach Heike Gebhard von der SPD: In anderen Politikfeldern, etwa bei der Kulturpolitik, fänden sehr wohl Festlegungen statt. Es gehe ihrer Fraktion nicht um die Größenordnung, die für die Regionalstellen im Haushalt ausgebracht werde, sondern man wünsche eine inhaltliche Klärung. Eine Prüfung der Strukturen nehme so viel Zeit in Anspruch, dass inzwischen Regionalstellen „kaputt“ gingen, weil die Kommunen nicht in der Lage seien, für die erforderliche Zwischenfinanzierung aufzukommen.

Dieses Problem sehe man auch, betonte ein Sprecher des Frauenministeriums. Er bat aber um Verständnis dafür, dass man den anstehenden Haushaltsberatungen nicht vorgreifen könne. Vom Arbeitsministerium kam der Hinweis, Minister Karl-Josef Laumann (CDU) sehe den Wiedereinstieg von Frauen ins Berufsleben als „wichtigen und zentralen Punkt“ an. Eine Evaluation mit dem Ziel der Koordination der Strukturen erscheine auch nach Ansicht dieses Hauses bedeutsam. **JK**



An der richtigen Adresse – der neue Integrationsbeauftragte der Landesregierung, Thomas Kufen (L), hat sich im Ausschuss für Generationen, Familie und Integration vorgestellt. Rechts im Bild die Vorsitzende Andrea Milz (CDU).

Foto: Schälte

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 21. November 2005 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

In Düsseldorf wird es künftig keine Oberfinanzdirektion mehr geben. Im Zuge einer Neustrukturierung schließt die Landesregierung den Standort Düsseldorf. Das teilte Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) in der jüngsten Sitzung des **Haushalts- und Finanzausschusses** (Vorsitz Anke Brunn, SPD) mit. Die neue Oberfinanzdirektion Rheinland, erläuterte er auf Antrag der SPD-Fraktion, werde ihren Sitz in Köln haben. Durch Synergieeffekte würden hier 100 bis 120 Mitarbeiter freigesetzt. Die will der Minister zumindest teilweise in anderen Finanzämtern unterbringen. Ein Teil der Stellen werde „sozialverträglich abgebaut“. Hierzu habe man einen Lenkungsausschuss eingesetzt. Kündigungen soll es jedoch nicht geben.

+++

Bei der Beratung über den SPD-Antrag „Sicherheitsarchitektur nicht gefährden – Verunsicherung bei Autobahnpolizei und Wasserschutzpolizei beenden!“ (Drs. 14/201) erklärte der Innenminister den Abgeordneten des **Innenausschusses** (Vorsitz Winfried Schittges, CDU), dass die Gespräche über die Reform der Autobahnpolizei und der Wasserschutzpolizei noch nicht abgeschlossen seien. Er beabsichtige, die Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde von operativen Aufgaben zu befreien. Daher sei eine Angliederung der Autobahnpolizei an besonders leistungsfähige Polizeibehörden vorgesehen.

+++

Spiele der Fußball-Weltmeisterschaft sollen auf öffentlichen Plätzen in NRW zu sehen sein. Darüber herrschte Einigkeit im **Sportausschuss** (Vorsitz Axel Wirtz, CDU). Vor Großbildleinwänden können dann die Fußballfans, die keine Karten für die Stadien bekommen haben, ihrer Mannschaft die Daumen drücken.

Ein Antrag der SPD-Fraktion (Drs. 14/200), der unter anderem Änderungen im Immissionschutzrecht verlangt und die Landesregierung auffordert, gemeinsam mit den Kommunen ein Sicherheitskonzept zu erarbeiten, wurde abgelehnt. An entsprechenden Maßnahmen, die die öffentliche Übertragung von WM-Spielen ermöglichen, werde bereits gearbeitet, hieß es zur Begründung.

+++

In der letzten Sitzung des **Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) hat Minister Karl-Josef Laumann (CDU) die Vorlage des Berichts der Arbeitsgruppe

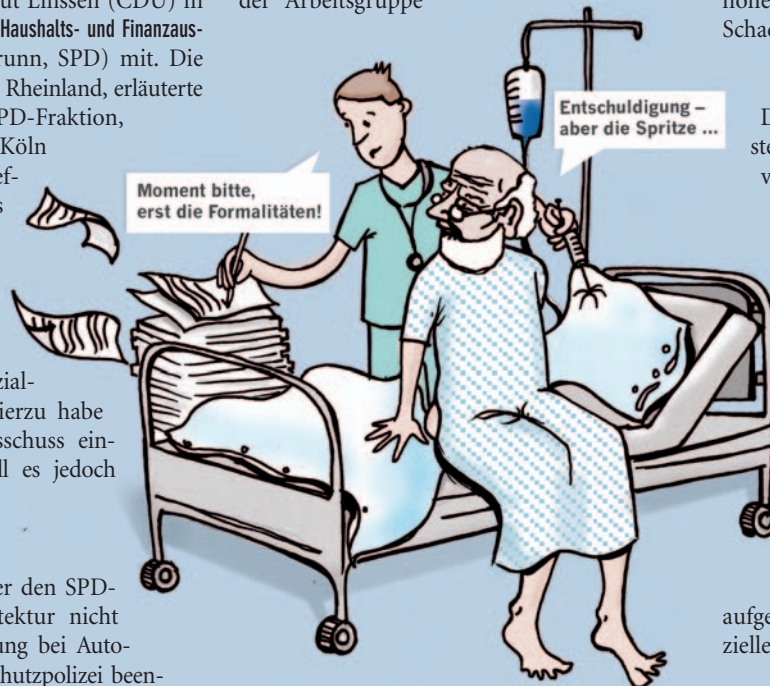


Illustration: h,m

„Bürokratie und Pflege“ für April kommenden Jahres angekündigt. In der Vorstellung seiner Arbeit bis 2010 hatte Laumann Anfang September im Ausschuss angekündigt, Experten aus der Praxis sollten solche Vorschläge zum Abbau der Pflege-Bürokratie erarbeiten. In früheren Ausschusssitzungen war des Öfteren beklagt worden, dass ein großer Teil der Arbeitszeit der in der Pflege tätigen Menschen für Dokumentationsarbeiten einzusetzen ist.

+++

Keine Gesundheitsgefahr durch teerhaltige Beläge von Schulhöfen lautete das Fazit eines Berichts, den das Umweltministerium jetzt dem **Umweltausschuss** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) vorgelegt hat. Untersuchungen der

Stadt Bochum von schadhafte teerhaltigen Belägen auf Bochumer Schulhöfen hatten Diskussionen über mögliche Gesundheitsgefahren für die Schulkinder ausgelöst. Daraufhin hatte das Ministerium eigene Untersuchungen in Auftrag gegeben. So führte beispielsweise das Landesumweltamt Luftschadstoffmessungen durch. „Durch die Untersuchungen hat sich der Gefahrenverdacht der Flächen nicht bestätigt“, heißt es in dem Bericht. Trotzdem seien inzwischen entsprechende Schulhöfe aus Mitteln des Schulträgers saniert beziehungsweise ausgebessert worden. Bei Teerbelägen handelt es sich um eine Herstellungsform, die hierzulande seit 20 Jahren verboten ist, weil darin hohe Konzentrationen von krebserregenden Schadstoffen auftreten können.

+++

Der Antrag der SPD-Fraktion „Regionalstellen Frau und Beruf brauchen jetzt eine verlässliche Finanzierungszusage für 2006“ (Drs. 14/199) wurde auch auf der jüngsten Sitzung des **Ausschusses für Frauenpolitik** (Vorsitz Elke Rühl, CDU) intensiv beraten. Der zuständige Minister, Armin Laschet (CDU), geht davon aus, dass kurzfristig keine Regionalstelle geschlossen werden muss. Auf Dauer sei eine Reduktion der Regionalstellen aber nicht ausgeschlossen. Dies hänge auch davon ab, wie die Ziel-2-Förderung der EU ab 2007 weitergeführt werde. Bevor der Nachtragshaushalt nicht verabschiedet ist und der Haushalt für 2006 aufgestellt wurde, wolle er aber keine finanziellen Zusagen machen.

+++

Einstimmig hat der **Haushalts- und Finanzausschuss** der Einrichtung eines **Unterausschusses „Personal“** zugestimmt. Vorsitzender des Unterausschusses ist Martin Börschel (SPD). Den stellvertretenden Vorsitz übernimmt Christian Weisbrich (CDU). Zu den Aufgaben des Unterausschusses gehört es, die Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses zum Personaletat im Rahmen der Haushaltsberatungen und der Wahrnehmung haushaltsgesetzlicher Mitwirkungsrechte vorzubereiten. Zu dieser Vorbereitung gehört es, den Personalbedarf in der Landesverwaltung kritisch zu überprüfen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt eines möglichen Personalausgleichs beziehungsweise -abbaus, einer optimalen Aufgabenerledigung und einer sparsamen Haushaltsführung.



„Glückauf!“

Auch für die kommenden 35 Jahre der Parlamentszeitschrift „Landtag intern“

Auch erfahrene Korrespondenten werden gelegentlich überrascht. Die Parteien treffen hin und wieder völlig unerwartete Personalentscheidungen; was die jeweiligen Zentralredaktionen freilich nur begrenzt interessiert. „Du schreibst uns ein Portrait, am besten sofort“, lautet die Order und egal, ob man den Menschen nun kennt oder nicht, die werten Leserinnen und Leser möchten am kommenden Tag etwas über den- oder diejenige erfahren, die frisch gekürt worden ist.

Natürlich würde ich an dieser Stelle keine Beispiele nennen, die man zurückverfolgen könnte. Aber wenn wir uns einen Moment lang vorstellten, dass etwa die Sozialdemokraten nach dem Verlust der Macht in Nordrhein-Westfalen eine neue Fraktionschefin auswählen, die zuvor nicht wirklich im Scheinwerferlicht gestanden haben sollte und der Chefredakteur trotzdem etwas brauchbares über diese eher unbekannt Person lesen möchte, dann, ja dann gibt es zum Glück „Landtag intern“. Ich will es ausdrücklich wiederholen: die Geschichte ist natürlich frei erfunden und niemals so passiert, aber am Ende könnte es doch so gewesen sein, dass sich auch bedeutende Kolleginnen oder Kollegen ins Archiv des Landtages verirren, schnell in den alten Bänden blättern und die Portraits aus Landtag intern nachlesen. Danach gehen sie an den eigenen Computer und wenig später freut sich die Zentralredaktion über einen schönen Text.

Wer jetzt stutzt und sagt: da bestimmen dann die Politiker selbst, was über sie veröffentlicht wird, dem kann geholfen werden. Nein, das Portrait stammt aus Kollegenhand und niemals würde ich auf den Gedanken kommen, dass einer aus unseren Reihen nur deshalb anders schreibt, weil er oder sie es für „Landtag intern“ getan hat. Wobei, das gilt – zumindest

soweit ich das beurteilen kann – für alle Texte: der Informationscharakter steht immer im Vordergrund und weil das so ist, findet jedes Heft seine Leserschaft.

Damit wären wir bei einem anderen wichtigen Thema. Aus den Zentralredaktionen der Zeitungen hört man immer wieder: für die Landespolitik haben wir nicht viel Platz. Die Kollegen müssen immer wieder mit den Berlinern oder mit Brüssellern kämpfen und hören dann schon mal die kritische Frage: „Wen interessiert denn das?“ Die Beobachtung, dass die Landespolitik – von wenigen Ausnahmen abgesehen – in den Blättern des Landes eher stiefmütterlich behandelt wird, ist leider nicht ganz falsch.

INFORMATION

Wir müssten unseren Chefredakteuren mal „Landtag intern“ zuschicken und hinzufügen, dass jedes Exemplar 35.000 mal gedruckt und von weit mehr Menschen auch wirklich gelesen wird, weil der- oder diejenige, die es bestellen, das Heft auch wirklich durchkämmen. Diese Menschen interessieren sich nicht nur für die Portraits der Abgeordneten, sie wollen wissen, wie eine Debatte verlaufen oder was in einem Ausschuss wirklich an Argumen-

ten gebracht worden ist. Ja, es gibt sie noch, die Argumente in der Politik. Ich gebe es gerne zu und leide auch daran: immer weniger in den angeblich großen Debatten im Plenum, die auch über die Fernsehkameras verbreitet werden; dafür aber in den Ausschüssen. Die Zentralen wollen davon aber nur wenig lesen. Wenn wir nun demnächst all unseren Chefredakteuren einige Ausgaben von „Landtag intern“ zuschicken, finden sie ein gefällig gemachtes Blatt, das mühelos modernen Kriterien der Aufmachung entspricht. Und sie finden noch etwas. Eine Debatte wird immer ganz nachgezeichnet, Wort und Widerwort haben Platz, niemand reduziert die Argumente nach eigenem Belieben. Freilich: an dieser Stellen muss ich einen kleinen Exkurs machen. Natürlich sehen die Pressesprecher der Fraktionen das hin und wieder anders. Die finden dann, dass ausgerechnet ihr Parteifreund oder ihre Parteifreundin nicht angemessen dargestellt oder nicht ausreichend zu Wort gekommen ist. Das kann man als Journalist nie ganz ausschließen. Aber eines ist wichtig: solange sich alle beschweren, hat man nicht viel falsch gemacht.

In diesem Sinne wünsche ich den Kolleginnen und Kollegen auch für die kommenden 35 Jahre: Glückauf!

Jürgen Zurheide

CDU

Die Strafe soll der Tat möglichst zeitnah folgen

In einem Antrag für die nächste Sitzung des Landtags fordern die Landtagsfraktionen von CDU und FDP die Landesregierung auf, die hohe Zahl der unerledigten Vollstreckungen im Jugendarrest kurzfristig abzubauen. „Die Wartezeit zwischen Verurteilung und Arrestantritt ist im Lande auf inzwischen bis zu sechs Monate angestiegen. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, ist mit Verjährungen zu rechnen, da nach dem Gesetz die Arrestvollstreckung nicht mehr zulässig ist, wenn die Wartezeit ein Jahr überschritten hat“, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Peter Biesenbach. Ende August gab es landesweit 2.766 unerledigte Vollstreckungsersuche, da in Nordrhein-Westfalen nur 189 Plätze für den Dauerarrest zur Verfügung stehen.

Die CDU-Fraktion möchte erreichen, dass eine zeitnahe Arrestvollstreckung gewährleistet wird. „Der Jugendarrest ist auch ein erzieherisches Mittel. Nur durch einen direkten Vollzug der Strafe ist es möglich, dem straffällig gewordenen Jugendlichen vor Augen zu führen, dass er für das von ihm begangene Unrecht geradestehen hat. Ohne diese Maßnahme gewinnt der Jugendliche den Eindruck, Gesetzesverstöße blieben ohne konkrete Sanktionen. Nur durch einen zeitnahen Vollzug erkennt der Jugendliche den unmittelbaren Bezug zu seiner Tat. Die Strafe soll der Tat möglichst zeitnah folgen“, forderte Biesenbach.



SPD

Nazi-Aufmärsche an Gedenkstätten auch in NRW verbieten

Die SPD-Landtagsfraktion fordert ein gesetzliches Verbot von Versammlungen und Aufzügen von Rechtsextremen an Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen und hat dazu einen entsprechenden Antrag zur Beratung im Landtag beschlossen. Dadurch soll verhindert werden, dass Gedenkstätten von historischer und überregionaler Bedeutung, die an die nationalsozialistische Barbarei erinnern, zu Pilgerstätten alter und neuer Nazis werden. Im April dieses Jahres hatte bereits der Bund das Versammlungsgesetz geändert und damit das Holocaust-Mahnmal in Berlin als Gedenkstätte von überregionaler Bedeutung bestimmt, an der Versammlungen und Aufmärsche verboten oder mit Auflagen versehen werden können. Zugleich wurde den Ländern die Möglichkeit eröffnet, in eigenen Gesetzen derartige Gedenkstätten unter Schutz zu stellen. Diese gesetzlichen Voraussetzungen zum Schutz bestimmter Gedenkstätten sind mit breiter Gemeinsamkeit durch die demokratischen Kräfte im Bundestag und Bundesrat beschlossen worden. Die SPD-Landtagsfraktion bietet deshalb allen im Landtag vertretenen Fraktionen eine gemeinsame Initiative an, mit der auch in Nordrhein-Westfalen über Parteigrenzen hinweg bestimmte Stätten wie die Gedenkstätte Sowjetischer Ehrenfriedhof und die Dokumentationsstätte Stalag (VI K) in Schloss Holte Stukenbrock, aber auch die Burg Vogelsang im Nationalpark Eifel, unter besonderen Schutz gegen nationalsozialistische Aufzüge gestellt werden. Die Landesregierung wird in der Initiative aufgefordert, dem Landtag bis zum Ende des Jahres geeignete Vorschläge für die Unterschutzstellung zu unterbreiten.

GRÜNE

Differenziertes Konzept zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls notwendig

Unterrichtsausfall ist ein ernst zu nehmendes Problem. Aber Unterrichtsausfall muss differenziert betrachtet werden. Hauptursache sind kurzfristige Erkrankungen von Lehrerinnen und Lehrern. Hier brauchen Schulen schnelle und flexible Lösungen. In ihrem Antrag „Unterrichtsausfall aus Krankheitsgründen sinnvoll bekämpfen – Konzepte brauchen mehr als 255 Zeichen“ fordert die Grüne Landtagsfraktion die Landesregierung auf, den Schulen – neben dem bestehenden Programm „Geld-statt-Stellen“ – ein Vertretungsbudget direkt an die Hand zu geben. Damit könnten die Schulen in Eigenregie kurzfristige Vertretung ermöglichen, beispielsweise indem pensionierte Lehrerinnen und Lehrer oder Lehrkräfte im Erziehungsurlaub, die sich dazu bereit erklären, dies übernehmen.

Mit ihrer Aufforderung zur „freiwilligen Mehrarbeit“ bedient Schulministerin Sommer angesichts der Belastungen der Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen die populistische Klaviatur. Aber den Unterrichtsausfall auf dem Rücken der Lehrerinnen und Lehrer abbauen zu wollen, leistet den Schulen einen Bärendienst. Darüber hinaus scheint die Qualitätsentwicklung der stattfindenden 96 Prozent des Unterrichts in der neuen Landesregierung keine Rolle mehr zu spielen. Es ist nicht akzeptabel, dringend notwendige Qualitätsentwicklungsmaßnahmen hinten anstehen zu lassen und Entlastungsstunden in Frage zu stellen, die zum Beispiel für Schulleitungen, Fortbildungstätigkeiten, Gesundheitsförderung, Schultheater und -orchester etc. benötigt werden. Die Landesregierung muss ein Konzept gegen krankheitsbedingten Unterrichtsausfall vorlegen, das Schulen den Rücken frei hält und Schulentwicklung weiterhin ermöglicht.

FDP

Resozialisierung junger erwachsener Straftäter wird verbessert

Die schwarz-gelbe Koalition aus FDP und CDU setzt im Bereich des Strafvollzugs beim Thema jugendlicher und junger erwachsener Täter einen Arbeits-Schwerpunkt. Vor diesem Hintergrund kündigte der rechtspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Robert Orth, zwei parlamentarische Initiativen der Regierungskoalition an, die in den Landtag eingebracht werden. „Gerade bei jugendlichen und jungen erwachsenen Tätern bestehen echte und gute Erziehungs- und Resozialisierungschancen, daher werden wir in diesem Bereich einen Schwerpunkt unserer Arbeit setzen“, erklärte der FDP-Rechtsexperte. Die alte rot-grüne Landesregierung habe dies zu lang vernachlässigt und dadurch unnötige Sicherheitsrisiken geschaffen.

Künftig sollen junge Erwachsene (21 bis 26 Jahre) im Strafvollzug soweit wie möglich getrennt von den übrigen Strafgefangenen untergebracht werden. „Auf diesem Weg kann die Betreuung, aber auch Resozialisierungsmaßnahmen und die Unterstützung bei Bildung und Ausbildung verstärkt auf die speziellen Belange dieser Altersgruppe der Straftäter abgestimmt werden“, erklärte Robert Orth. Jeder junge Straftäter, bei dem die Resozialisierung erfolgreich sei, stelle für die Gesellschaft, aber auch für die betroffenen Familien, auf Dauer keine Belastung mehr dar.

„Darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass die Vollstreckungen im Jugendarrest künftig schneller vollzogen werden, damit für die jugendlichen Straftäter „die Strafe auf dem Fuße folgt“ und diese so schnell wie möglich ihr Unrecht vor Augen geführt bekommen“, sagte Orth. „Diese Maßnahme kann dazu beitragen, eine „Intensivtäterkarriere“ schon im Anfangsstadium zu verhindern und Jugenddelinquenz langfristig zu reduzieren“, betonte der FDP-Rechtsexperte.



Porträt der Woche: Helmut Stahl (CDU)

Ich sitze hier im schönsten Büro eines Fraktionsvorsitzenden in Deutschland“, sagt Helmut Stahl und lacht. Der Chef der CDU-Fraktion schaut hinaus, über die große Terrasse hinweg auf den Rhein, der genau vor seinem Büro eine besonders dekorative Schleife macht.

Büro und Aufgabe des Fraktionsvorsitzenden hat Stahl von Vorgänger Jürgen Rüttgers übernommen. Der sitzt jetzt als Ministerpräsident in der Staatskanzlei. Helmut Stahl muss nun die CDU-Abgeordneten führen, eine Rolle, in der er noch nicht ganz angekommen ist, gibt der 58-Jährige zu. „Das braucht noch eine gewisse Zeit.“ Doch einen anderen Stil als sein Vorgänger will er schon pflegen. „Der Vorsitzende einer Regierungsfraktion hat eine andere Aufgabe als der einer Oppositionsfraktion. Ich habe eine partnerschaftliche Rolle, es geht um wechselseitige Ergänzung zwischen Regierung und Fraktion.“



Drei Jahre lang war Helmut Stahl zuvor parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion. Eine typische Aufgabe für ihn. Während seiner beruflichen Laufbahn hat Helmut Stahl immer wieder an den Nahtstellen von Politik und

Administration gearbeitet. „Ich will nicht nur irgendwelche Visionen haben, ich will auch was durchsetzen können. Das hat mich immer gereizt“, sagt der Diplom-Volkswirtschaftler. Nach ersten Stationen in der CDU-Bundesgeschäftsstelle und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird er Abteilungsleiter im Bundesministerium für Arbeit, später auch im Bundeskanzleramt.

ZWANGSPAUSE

Als beamteter Staatssekretär arbeitet Helmut Stahl dann drei Jahre unter „Bundeszukunftminister“ Jürgen Rüttgers – bis 1998 plötzlich alles vorbei ist. Bundestagswahl. Machtverlust der CDU. Für Helmut Stahl heißt das: Versetzung in den einseitigen Ruhestand.

„Das hat mich sehr geschockt. Da wird man so richtig vom Pferd geholt. Und wie schlimm das ist, merkt man erst, wenn man unten ist.“ Helmut Stahl hat auf einmal viel Zeit. „Erst hab ich den Schreibtisch aufgeräumt, dann den Garten, dann Regale aufgebaut. Und dann war alles gemacht. Das war eine schreckliche Zeit, wenn die Dinge an einem vorbeilaufen.“

Parteifreunde bitten Helmut Stahl, bei den Wahlen zum Posten des Bonner Oberbürgermeisters zu kandidieren. Er verliert gegen Bärbel Dieckmann von der SPD. Im Jahr 2000 zieht er über die Landesliste in den Landtag ein.

Helmut Stahls Interesse am Politischen wird schon früh geweckt. „Nach dem sonntäglichen Mittagessen blieben immer alle sitzen. Eltern, Oma und Geschwister. Dann wurde politisiert“, erinnert sich Stahl. Der Vater war Elektromeis-

ter und in der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) engagiert, die Mutter Hausfrau. Der junge Helmut trägt die Kettlerwacht aus, die Mitgliederzeitung der KAB. 1965 tritt er in die CDU ein. „Ich war rebellisch, habe die Abwahl des damaligen CDU-Vorsitzenden dort verlangt.“ Ohne Erfolg.

Heute erlebt man Helmut Stahl eher als ausgleichenden und freundlichen Politiker. Wer Tee trinkt und als Hobby Vögel beobachtet, der ist auch im politischen Geschäft nicht auf Krawall gebürstet. Trotzdem sagt er von sich: „Ich bin nicht leicht handhabbar. Ich will überzeugt werden. Wenn was richtig läuft, muss ich nicht auch noch meinen Senf dazugeben. Ich will da in die Pedale gehen, wo es nicht richtig läuft.“

Helmut Stahl ist niemand, der eigene Meinungen zur Disposition stellt. Er befürwortet embryonale Stammzellenforschung – anders als die Mehrheit der Fraktion, die er anführt. „Wenn anderswo Forschung Erfolge bringt, würden wir die Medikamente doch auch hier einsetzen wollen. Es gibt auch eine Verpflichtung des Heilens.“ In Fragen des ethischen Handelns sollte es keinen Fraktionszwang geben, findet er.

Ein Blick in die Zukunft? Stahl schaut nach Berlin, denn eine Große Koalition dort wird auch auf Düsseldorf Auswirkungen haben. „Sie muss Aufbruchstimmung vermitteln, das brauchen wir.“ Außerdem, glaubt er, wird die SPD sich in manchen Fragen künftig wohl schwerer tun, Attacken auf die Landesregierung zu reiten. Er sagt das mit einem Lächeln...

Beate Becker

FCL: Unentschieden auf hohem Niveau

Vorweg gesagt: Es weht ein neuer Wind beim FC Landtag NRW. Nicht nur, dass gleich acht neue Abgeordnete darauf brennen, das ruhmreiche Trikot überzustreifen, nein, einer der Neuen zeigte doch sogar tatsächlich Interesse, das in den vergangenen Jahrzehnten vergeblich vorgetragene Angebot von Spielertrainer Wolfgang Euteneuer zum Training anzunehmen. Und – zum Erstaunen aller Anwesenden – schien dieses Interesse noch nicht einmal geheuchelt.

Das Match gegen das Team der Westdeutschen Zeitung jedenfalls zeigte einen willensstarken FCL: Eine Packung wie beim letzten Aufeinandertreffen mit den Cracks der WZ sollte es diesmal auf keinen Fall geben. So begegneten sich im Düsseldorfer Paul-Janes-Stadion zwei gleichwertige Teams.

In der ersten Halbzeit ging die WZ zielstrebig ans Werk als der FCL. So kam es, dass zum

Leidwesen der FCL-Fans die WZ-Mannschaft das erste Tor schoss: Eine tückische Bogenlampe senkte sich hinter FCL-Keeper Rene Markgraf ins Netz.

In der zweiten Halbzeit legte der FCL einen Zahn zu. Ralf Jäger räumte wie gewohnt vor dem FCL-Strafraum robust auf. Sören Link, ein wahrer Turm in der Schlacht, beherrschte das defensive Mittelfeld. Thorsten Schick stabilisierte die rechte Abwehrseite des FCL und belebte mit seinen dynamischen Vorstößen die Offensive. Ganz stark präsentierte sich Jürgen Unruhe. Mit feinen Pässen setzte er immer wieder die Sturmspitzen des FCL, Werner Mayer und David Krahenfeld, ein. Aber damit nicht genug, er sorgte auch per Kopf für den verdienten Ausgleich.

Gegen Ende des Spiels verließen den FCL etwas die Kräfte. Aber mit etwas Dusel gab es ein leistungsgerechtes Unentschieden auf hohem fußballerischen Niveau.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinter, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Volontär: Axel Bäumer

Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-23 09 und 884-25 45, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz/Gestaltung/Layout:

h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 30. Oktober bis 8. November 2005

30.10.	Horst-Emil Ellinghaus (CDU)	57
3.11.	Hubertus Kramer (SPD)	46
4.11.	Thomas Eiskirch (SPD)	35
5.11.	Reinhard Jung (SPD)	53
8.11.	Andrea Asch (GRÜNE)	46

Peer Steinbrück (SPD), früherer Ministerpräsident und seit der NRW-Wahl Landtagsabgeordneter seiner Fraktion, ist für das Amt des Bundesfinanzministers in Berlin nominiert worden. Steinbrück soll auch in der Nachfolge von Wolfgang Clement stellvertretender Bundesvorsitzender seiner Partei werden, wie der nordrhein-westfälische SPD-Landesvorsitzende **Jochen Dieckmann** vor kurzem mitteilte.

Günther Hochgartz, CDU-Landtagsabgeordneter von 1980 bis 1985, ist im Alter von 87 Jahren gestorben. Er war Mitglied der Union seit 1956 und kommunalpolitisch tätig; so wirkte er von 1964 bis 1979 als Oberbürgermeister der Stadt Bocholt, danach als Bürgermeister. Der gebürtige Bocholter gehörte in der 9. Wahlperiode dem Landtag an. Er war gewählter Abgeordneter im Wahlkreis Borken I.

Zusammenarbeit

Für die gute langjährige Zusammenarbeit hat Landtagspräsidentin Regina van Dinther ihren Dank ausgesprochen: Auf einer Veranstaltung im Landtag beging das Zentrum für Türkeistudien sein 20-jähriges Bestehen. Dabei würdigte die Präsidentin auch den Umstand, dass sich das Zentrum „wiederholt als kritischer und stets konstruktiver Berater des Landtags zur Verfügung gestellt hat“. Das Zentrum, das als wissenschaftliches Institut an der Essener Universität und auch von den Vereinten Nationen anerkannt ist und von Professor Dr. Faruk Sen geleitet wird, habe sich mit großem Engagement und erfolgreich für die Verbesserung der Beziehungen nicht nur zwischen Deutschland und der Türkei, sondern auch zwischen Deutschen und Türken eingesetzt.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 27. Oktober 2005 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Meisterhaftes Möbeldesign

Rund 40 junge Tischlermeisterinnen und -meister aus ganz NRW stellen bis zum 28. Oktober im nordrhein-westfälischen Landtag ihre gestalterischen Fähigkeiten unter Beweis. Hintergrund ist der landesweite Designwettbewerb „die gute form – Tischler gestalten ihr Meisterstück“. Gezeigt werden Design-Ideen vom raffinierten Phonomöbel über den High-tech-Schreibtisch bis hin zum edlen Sideboard. Ausrichter ist der Fachverband des Tischlerhandwerks NRW in Zusammenarbeit mit allen sieben Handwerkskammern des Landes. Den Siegern des unter der Schirmherrschaft von Landtagspräsidentin Regina van Dinther stehenden Wettbewerbs winken Geldpreise. Die Preisverleihung findet am 26. Oktober in der Wandelhalle des Landtags statt. Es entscheidet eine fachkundige Jury, die die eingereichten Arbeiten in Sachen Idee, Form, Funktionalität und Konstruktion bewertet. Unser Bild zeigt vor dem Hintergrund des Besucheraufzugs eines der ausgestellten Meisterstücke, einen runden Utensilienschrank.

Foto: Schälte